



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2023

Jahrgang 74 (2023) Heft 2

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2023

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2023

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Frühsommer 2023**

Jahrgang 74 (2023)

Heft 2





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Weltwirtschaft erholt sich allmählich

Boris Blagov, Daniela Grozea-Helmenstein, Florian Kirsch und Klaus Weyerstraß

Kurzfassung	5
Summary	7
1. Überblick	9
1.1 Aktuelle Lage	9
1.2 Ausblick	12
1.3 Risiken	13
2. Die Regionen im Einzelnen	14
2.1 USA: Geldpolitik bremst Inflation und Konjunktur	14
2.2 Japan: allmähliche Erholung nach der pandemiebedingten Rezession ..	16
2.3 Uneinheitliche konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern	17
2.4 Euro-Raum: schwache konjunkturelle Dynamik bei hoher Inflation.....	19
2.5 Vereinigtes Königreich: kaum Dynamik bei der Wirtschaftsleistung.....	31
2.6 Mittel- und Osteuropa: Wirtschaftsaussichten hellen sich auf.....	32
2.7 Russland: angespannte Wirtschaftslage bleibt bestehen	33
Literatur	34
Kasten Finanzierungsbedingungen und die Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe	28

Frühsummer 2023: Konsumschwäche wird allmählich überwunden

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch und Philip Schacht

Kurzfassung	35
Summary	37
1. Konjunktur in Deutschland weiterhin schwach	39
2. Verhaltene konjunkturelle Erholung	43

Inhalt

2.1 Außenhandel erholt sich langsam	46
2.2 Investitionsnachfrage schwächt sich ab	48
2.3 Kräftiger Rückgang des realen Konsums im Winterhalbjahr	49
2.4 Sondereffekte beim Staatskonsum laufen aus	50
3. Keine Rezession in der Industrie	50
4. Umschwung am Arbeitsmarkt	52
5. Kräftige Lohnanstiege machen Hoffnung auf steigende Realeinkommen	55
6. Inflationsdruck lässt spürbar nach	55
7. Gesamtstaatliche Finanzierungsdefizite gehen zurück	56
8. Risiken	58
Literatur	59
Anhang	60
Kasten 1 Ist die deutsche Wirtschaft in einer Rezession?	41
Kasten 2 Wem hilft die Gas-Soforthilfe?	57

Handwerksbericht: Das Handwerk leidet stärker unter der Energiekrise als die Gesamtwirtschaft

Jochen Dehio

Kurzfassung	69
Summary	69
1. Entwicklung und Lage des Gesamthandwerks	70
2. Zur Lage im Einzelnen	73
3. Ausblick	78
Literatur	80
Anhang: Methodik der statistischen Erfassung des Handwerks	81

Boris Blagov, Daniela Grozea-Helmenstein, Florian Kirsch und Klaus Weyerstraß

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Weltwirtschaft erholt sich allmählich¹

Kurzfassung: Vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der anhaltend angespannten geopolitischen Lage befindet sich die Weltwirtschaft weiterhin in einer Schwächephase. Dies trifft insbesondere das Verarbeitende Gewerbe. Gleichzeitig verzeichnete der globale Warenhandel im Winter einen merklichen Rückgang. Ein positiveres Bild zeigt sich dagegen bei den Dienstleistungen. Im ersten Quartal des Jahres war die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den großen Volkswirtschaften heterogen. So verzeichneten die USA erneut ein positives Wachstum und in China kam es nach den Lockerungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu einem kräftigen Anstieg des BIP. Im Euro-Raum ging das BIP dagegen leicht zurück.

Nachdem viele Rohstoffpreise, insbesondere diejenigen für Energie, inzwischen wieder deutlich gesunken sind, gehen die Inflationsraten nun ebenfalls spürbar zurück. Allerdings befinden sie sich vielerorts noch immer auf einem sehr hohen Niveau. Dies gilt auch für die Kerninflation. Vor diesem Hintergrund haben die Zentralbanken ihre Leitzinsen deutlich erhöht. Dies dürfte im Prognosezeitraum nicht zuletzt die Investitionstätigkeit hemmen. Trotzdem dürfte sich die Weltwirtschaft allmählich weiter erholen. So ist zu erwarten, dass der Rückgang der Inflationsraten und steigende Löhne den privaten Konsum stützen. Nach einem Anstieg um 2,9% im Vorjahr, dürfte das globale Wachstum mit 2,5% im laufenden und 2,4% im kommenden Jahr jedoch verhalten bleiben (Tabelle 1). Die Inflation dürfte auch aufgrund der Entwicklung der Energiepreise weiter zurück gehen. Mit voraussichtlich 4,6% fällt sie in diesem Jahr aber noch immer hoch aus, bevor sie im kommenden Jahr auf 2,7% zurückgehen dürfte.

Neben geopolitischen Risiken stellt die Preisentwicklung ein bedeutendes Risiko für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft dar. Ein persistenterer Preisdruck könnte den Konsum stärker dämpfen und vor allem dazu führen, dass die Notenbanken ihre Geldpolitik noch stärker straffen müssen. Dies würde die konjunkturelle Dynamik weiter belasten und birgt Risiken für Finanzstabilität und Schuldentragfähigkeit.

¹ Abgeschlossen am 14.6.2023. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Wir danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt und Torsten Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Frühsommer 2023

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2022 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2022	2023 ^p	2024 ^p
Bruttoinlandsprodukt¹			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,6	1,1	1,4
Euro-Raum	3,5	0,8	1,7
USA	2,1	1,4	1,3
Schwellenländer	3,2	4,5	4,0
China	3,0	5,8	4,5
Insgesamt²	2,9	2,5	2,4
Insgesamt in Kaufkraftparitäten	3,3	3,0	2,9
Verbraucherpreise			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	7,8	5,1	2,3
Euro-Raum	8,4	6,1	2,5
USA	8,0	4,0	2,2
Schwellenländer	5,2	3,9	3,4
China	1,9	0,6	1,9
Insgesamt²	6,8	4,6	2,7
Welthandel³	3,2	0,2	3,0
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁴	98,8	77,6	72,6
Dollarkurs (\$/€)⁴	1,05	1,08	1,07

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD, des IWF, des CPB, von Eurostat und nationalen Statistikämtern. - ^pPrognose. - ¹Real. - ²Gewichteter Durchschnitt der für diesen Bericht prognostizierten Länder. - ³Nach Definition des CPB. - ⁴Jahresdurchschnitte.

Summary: *Against the background of high inflation and the continuing tense geopolitical situation, the global economy remains in a weak phase. This is affecting the manufacturing sector in particular. At the same time, global trade in goods showed a marked decline over the winter. By contrast, the picture for services is more positive. In the first quarter of the year, production growth in the major economies varied. For example, the USA continued to record positive growth and in China there was a strong increase in GDP following the easing of measures to combat the pandemic. In the euro zone, however, GDP declined slightly.*

Given that many commodity prices, particularly energy prices, have fallen significantly, inflation rates are also falling appreciably. However, in many places they are still at a very high level. This also applies to core inflation. Against this background, the central banks have significantly increased their key interest rates. This is likely to dampen investment activity over the forecast period. Nevertheless, the global economy is expected to continue its gradual recovery. The decline in inflation rates and rising wages are expected to support private consumption. However, following an increase of 2.9% in the previous year, global growth is expected to remain subdued at 2.5% this year and 2.4% next year (Table). Inflation is also expected to fall further due to the dynamics of energy prices. However, at 4.6% it is still expected to remain high this year, before falling to 2.7% next year.

Alongside geopolitical risks, price developments pose a significant risk to the further development of the global economy. Even more persistent price pressures could have a stronger dampening effect on consumption and above all lead to central banks having to tighten their monetary policy even more. This would further hamper economic growth and pose risks to financial stability and debt sustainability.

Frühsommer 2023

International Forecast

2022 to 2024; changes over the previous year, %

	2022	2023 ^f	2024 ^f
Gross Domestic Product¹			
Advanced Economies	2.6	1.1	1.4
Euro Area	3.5	0.8	1.7
USA	2.1	1.4	1.3
Developing Countries	3.2	4.5	4.0
China	3.0	5.8	4.5
Total²	2.9	2.5	2.4
Total in Purchasing Power Parities²	3.3	3.0	2.9
Consumer Prices			
Advanced Economies	7.8	5.1	2.3
Euro Area	8.4	6.1	2.5
USA	8.0	4.0	2.2
Developing Countries	5.2	3.9	3.4
China	1.9	0.6	1.9
Total²	6.8	4.6	2.7
World trade³	3.2	0.2	3.0
Oil price (Brent, \$/b)⁴	98.8	77.6	72.6
Dollar exchange rate (\$/€)⁴	1.05	1.08	1.07

RWI calculations based on OECD, IMF, Eurostat, CPB and national data. - ^fForecast. - ¹In constant prices. - ²Weighted average of the countries forecasted in this report. - ³According to CPB data. - ⁴Annual averages.

1. Überblick

1.1 Aktuelle Lage

Wenngleich sich die Weltwirtschaft im Frühsommer 2023 nach wie vor in einer Schwächephase befindet, ist in vielen Regionen eine Stabilisierung zu beobachten. Diese wurde im ersten Quartal wesentlich vom Aufholprozess der chinesischen Volkswirtschaft nach der Abkehr von der strikten Null-Covid-Politik und vom robusten privaten Konsum in den USA gestützt. In China erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 2,2% gegenüber dem Vorquartal. Neben dem privaten Konsum, insbesondere jenem von Dienstleistungen, belebten sich auch die Exporte spürbar, vor allem nach Südostasien und nach Russland. In den USA stärkten der robuste Arbeitsmarkt und steigende verfügbare Einkommen den Konsum.

In der Europäischen Union (EU) nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal leicht zu. Vor dem Hintergrund der noch immer hohen Inflation und des Rückgangs der Kaufkraft gingen die Konsumausgaben weiter zurück. Jedoch hat sich die Situation auf den Energiemärkten inzwischen entspannt, und die Energiepreise an den Börsen sind deutlich gesunken. In welchem Ausmaß sich diese Rückgänge der Großhandelspreise in den Verbraucherpreisen niederschlagen, variiert zwischen den Mitgliedstaaten je nach Ausgestaltung der Lieferverträge, vor allem hinsichtlich der Laufzeit. Außerdem sind in einigen Mitgliedstaaten fiskalische Maßnahmen zur Reduktion der Energiepreise in Kraft.

In Russland ging die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2023 gemäß einer Schnellschätzung des nationalen Statistikamts um 1,9% im Vorjahresvergleich zurück, nach einem Rückgang um 2,7% im vierten Quartal 2022. Trotz der westlichen Sanktionen entwickeln sich die Ölexporte kräftig, vor allem nach China und nach Indien. Zudem scheint sich die Verfügbarkeit von Vorleistungen dank deutlich steigender Importe aus China und den russischen Nachbarländern zu verbessern. In Indien stieg das Bruttoinlandsprodukt recht kräftig, getragen sowohl von der Industrieproduktion als auch von den Dienstleistungen.

In den übrigen Schwellenländern bremst die hohe Inflation die Konjunktur. Zwar sinken die Energie- und Nahrungsmittelpreise, aber die Kerninflation ohne diese Warengruppen bleibt hoch. Die Volkswirtschaften in Südostasien werden durch die Erholung in China begünstigt, aber sobald die Nachholeffekte nach dem Ende der Null-Covid-Politik in China abgeklungen sein werden, dürfte die konjunkturelle Grundtendenz in den südostasiatischen Schwellenländern eher schwach bleiben.

Der Welthandel ging im ersten Quartal 2023 nach Daten des niederländischen CPB saisonbereinigt um 0,9% zurück. Erst im März konnte eine Bodenbildung beobachtet werden, insbesondere in China. Für die kommenden Monate deutet der RWI/ISL-

Frühsommer 2023

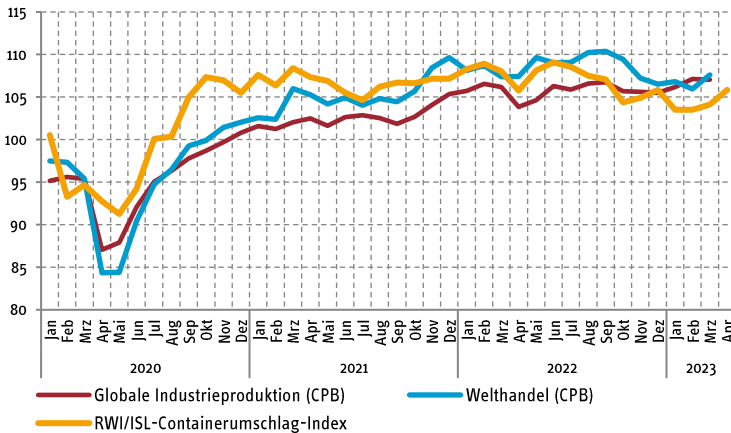
Containerumschlagindex auf eine allmähliche Erholung des Welthandels hin (Schaubild 1). Während der Containerumschlag im April in den chinesischen Häfen kräftig stieg, scheint er sich in den europäischen Häfen erst langsam zu stabilisieren. Zwar stieg der Teilindex für die nordeuropäischen Häfen saisonbereinigt gegenüber März, aber die Trendkomponente weist nach wie vor nach unten (RWI 2023).

Ein Grund für den verhaltenen weltweiten Warenhandel ist darin zu sehen, dass sich die globale Konjunkturerholung momentan vor allem aus den Dienstleistungen speist, während die Nachfrage nach Waren unter der hohen Inflation und den Zinserhöhungen leidet.

Schaubild 1

Welthandel und RWI/ISL-Containerumschlagindex

Januar 2020 bis April 2023, Dezember 2019=100, saisonbereinigt



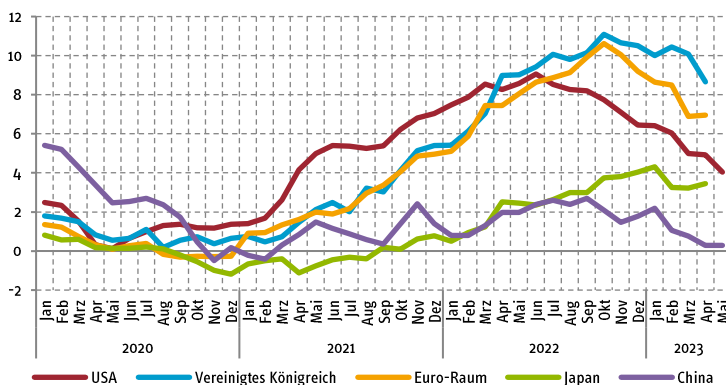
Quellen: CPB, RWI, eigene Berechnungen.

Der Höhepunkt der Inflation wurde in den meisten Ländern und Regionen überschritten, aber die Teuerung geht nur langsam zurück (Schaubild 2). Zwar gehen die Preise für industrielle Rohstoffe, Nahrungsmittel und Energie teilweise deutlich zurück (Schaubild 3), die Kerninflation ist jedoch nach wie vor hoch.

Schaubild 2

Entwicklung der Verbraucherpreise in ausgewählten Volkswirtschaften

Januar 2020 bis Mai 2022, Veränderung zum Vorjahresmonat in %

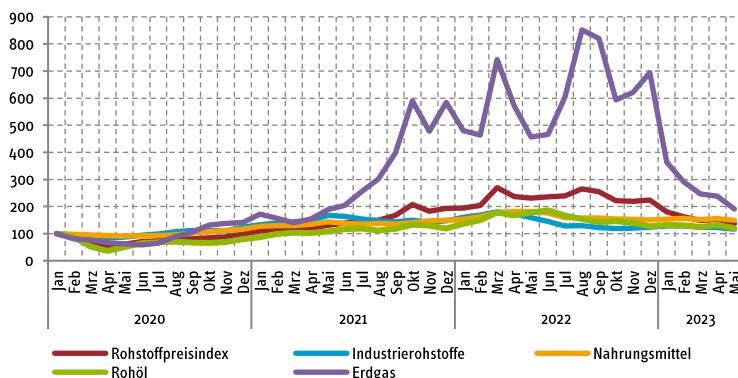


Quelle: nationale Statistikämter, Eurostat, Macrobond.

Schaubild 3

Preise für ausgewählte Rohstoffe

Juni 2020 bis Mai 2023, Indizes, Januar 2020=100, Welt, US-Dollar



Quellen: HWWI, Macrobond, eigene Berechnungen.

Im Aggregat der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im April um 7,1%, darunter in den USA um 4,9% und im Euro-Raum um 7,0%. Während die Inflation in den USA bereits seit August 2022 sinkt, ist dies im Euro-Raum erst seit November der Fall. Die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel belief sich im Mai in den USA auf 5,3%. Im Euro-Raum lag die Kerninflation laut der Schnellschätzung im Mai ebenfalls bei 5,3% und ist somit zum ersten Mal seit Januar 2022 zurückgegangen. Angesichts der robusten Arbeitsmärkte konnten die Gewerkschaften vielfach hohe Lohnsteigerungen durchsetzen, die von den Unternehmen vor dem Hintergrund der kräftigen Nachfrage voraussichtlich weitgehend an die Verbraucherpreise weitergegeben werden.

1.2 Ausblick

Die Weltwirtschaft dürfte sich weiterhin schwach und uneinheitlich entwickeln. Darauf deuten auch umfragebasierte Indikatoren wie der Einkaufsmanagerindex hin. Vor allem die hartnäckige Inflation und die zu deren Bekämpfung vorgenommenen Zinserhöhungen bremsen die Konjunktur, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Gestützt wird die Industrieproduktion von der weitgehenden Normalisierung der globalen Lieferketten und den rückläufigen Frachtraten. Getragen wird die Erholung momentan aber vor allem von den Dienstleistungen, u.a. von Nachholeffekten beim Tourismus nach dem Ende der Corona-Pandemie.

Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen dürfte die Investitionstätigkeit belasten, und die weiterhin hohe Inflation bremst den privaten Konsum. Der Welthandel leidet unter den geopolitischen Spannungen. Erst allmählich sollte die langsam sinkende Inflation zusammen mit den vorangegangenen Lohnerhöhungen den privaten Konsum stützen, und die Entspannung bei den Angebotsrestriktionen sollte der Industrieproduktion Schwung verleihen. Vor allem, wenn der sinkende Inflationsdruck im kommenden Jahr erste Zinssenkungen erlaubt.

Vor diesem Hintergrund dürfte das globale Wachstum in diesem Jahr geringer ausfallen als im Vorjahr. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften (Tabelle 2). Bei den Schwellenländern steht dem die Entwicklung in China entgegen, wo nach dem schwachen Vorjahr ein höheres jahresdurchschnittliches Wachstum zu erwarten ist. Die Inflationsraten dürften in den meisten Volkswirtschaften spürbar zurückgehen. Hierzu tragen die gesunkenen Rohstoffpreise und die geldpolitische Straffung bei.

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern

2022 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2022	2023 ^p	2024 ^p	2022	2023 ^p	2024 ^p
EU-27 ¹	3,6	0,9	1,8	8,8	6,6	2,7
Euro-Raum ¹	3,5	0,8	1,7	8,4	6,1	2,5
Vereinigtes Königreich	4,1	0,0	1,0	9,1	7,5	2,8
USA	2,1	1,4	1,3	8,0	4,0	2,2
China	3,0	5,8	4,5	1,9	0,6	1,9
Japan	1,0	1,5	1,0	2,5	3,0	1,3
Ostasien ²	3,5	2,7	3,5	4,5	3,3	2,1
Indien	6,6	6,3	6,4	6,7	5,1	4,0
Lateinamerika ²	3,3	2,2	1,6	17,8	19,5	11,9
Russland	-2,1	-2,0	1,0	13,8	5,5	4,7
Insgesamt	2,9	2,5	2,4	6,8	4,6	2,7
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,6	1,1	1,4	7,8	5,1	2,3
Schwellenländer	3,2	4,5	4,0	5,2	3,9	3,4

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat, des IWF, und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2021. - ^pPrognose. - ¹Für Details siehe Tabelle 4. - ²Für Details siehe Tabelle 3.

1.3 Risiken

Es bestehen weiterhin beträchtliche Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft. Insbesondere könnte der Krieg Russlands gegen die Ukraine weiter eskalieren. Zudem könnte bei einem strengen Winter 2023/2024 in Europa eine Gasmangellage drohen, auch wenn eine solche im vergangenen Winter durch Einsparungen abgewendet werden konnte und die Gasspeicher nach dem Sommer gut gefüllt sein dürften.

Ein weiteres Risiko geht von den Finanzmärkten aus. Die Turbulenzen im Bankensystem im Frühjahr, als zwei Regionalbanken in den USA insolvent wurden und die Schweizer Großbank Credit Suisse nur durch eine Übernahme durch die UBS gerettet werden konnte, haben die Anfälligkeit des Finanzsystems im Umfeld der raschen Zinserhöhungen deutlich gemacht. Bisher hat sich das Finanzsystem zwar widerstandsfähig gezeigt, denn diese Turbulenzen blieben zeitlich und regional begrenzt, aber ein neuerliches Aufflammen von Problemen im Bankensektor kann nicht ausgeschlossen werden.

Schließlich kann sich die Inflation als hartnäckiger als erwartet erweisen, was die Realwirtschaft belasten und eine Abkehr vom restriktiven geldpolitischen Kurs verzögern würde.

2. Die Regionen im Einzelnen

2.1 USA: Geldpolitik bremst Inflation und Konjunktur

In den USA stieg die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn erneut. Mit 0,3% fiel das Quartalswachstum allerdings etwas geringer aus als in der zweiten Jahreshälfte 2022, als nach dem BIP-Rückgang im ersten Halbjahr Anstiege um 0,8% bzw. 0,6% zu verzeichnen waren. Den größten Wachstumsbeitrag lieferte zu Beginn des laufenden Jahres der private Konsum. Während hier die Dienstleistungen ihren Aufwärtstrend fortsetzten, nahm nach vier negativen Quartalen erstmals auch der Konsum von Waren wieder zu. Hierzu trug insbesondere ein starker Anstieg bei den langlebigen Konsumgütern bei.

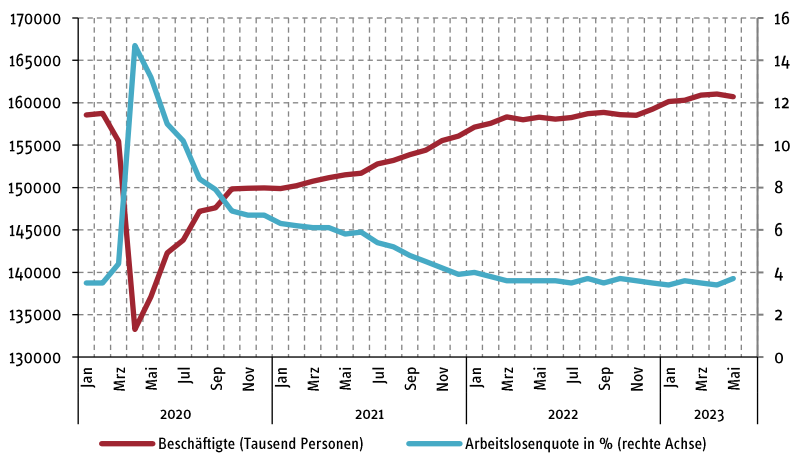
Bei den Investitionen zeigte sich ein gemischtes Bild. So gingen die Wohnbauinvestitionen das achte Quartal in Folge zurück. Demgegenüber gab es einen Anstieg bei den Nichtwohnbauinvestitionen, so dass die Anlageinvestitionen insgesamt nur sehr leicht zurückgingen. Dagegen war der Wachstumsbeitrag der Vorratsveränderungen deutlich negativ. Beim Außenhandel stand einem Rückgang der Dienstleistungsexporte ein deutlicher Zuwachs bei den Warenexporten gegenüber, so dass die Exporte nach dem Rückgang im Vorquartal insgesamt wieder stiegen. Mit den gleichzeitig zunehmenden Importen war der statistische Wachstumsbeitrag des Außenhandels damit im ersten Quartal null. Von den staatlichen Konsumausgaben und Investitionen ging dagegen erneut ein positiver Beitrag zum BIP-Wachstum aus.

Am Arbeitsmarkt nahm die Beschäftigung weiter zu (Schaubild 4). Seit dem Sommer des vergangenen Jahres übertrifft sie das vor der Pandemie erreichte Niveau. Während die Partizipationsquote der Gesamtbevölkerung, auch demografiebedingt, merklich unter ihrem damaligen Niveau liegt, übertrifft die Partizipationsquote der 25 bis 54-Jährigen ebenfalls ihren zum Jahresbeginn 2020 erreichten Wert. Die Arbeitslosenquote liegt seit dem vergangenen Jahr auf einem sehr niedrigen Niveau. Vor dem Hintergrund der guten Lage am Arbeitsmarkt sind deutliche Anstiege der nominalen Löhne zu verzeichnen.

Schaubild 4

Beschäftigung und Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten

Januar 2020 bis Mai 2023, saisonbereinigt.



Quelle: BLS.

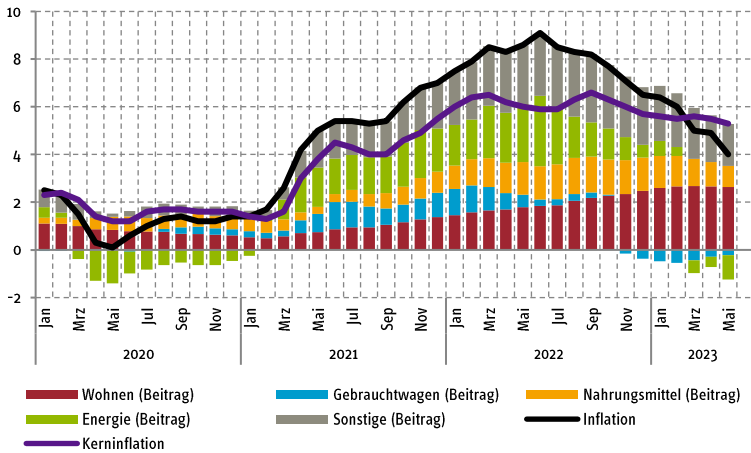
Der Preisanstieg hat sich seit Mitte des vergangenen Jahres merklich verlangsamt. So lag die Verbraucherpreisinflation im Mai nur noch bei 4,0%. Im Jahr 2022 hatte sie über mehrere Monate hinweg bei über 8% gelegen (Schaubild 5). An der Abschwächung der Inflation hatte die Entwicklung der Energiepreise einen wesentlichen Anteil. Zuletzt war ihr Inflationsbeitrag negativ. Auch die Beiträge anderer Komponenten, die zwischenzeitlich deutlich zur Gesamtinflation beigetragen hatten, wie etwa die Preise für Gebrauchtwagen, haben sich abgeschwächt.

Dagegen blieb der Beitrag der Nahrungsmittelpreise anhaltend hoch und derjenige der Ausgaben für das Wohnen nahm weiter zu. Mit über 4% gegenüber dem Vorjahr stieg auch der Preisindex für die privaten Konsumausgaben (PCE) noch deutlich stärker, als es dem Inflationsziel der US-Notenbank Fed entspricht. Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, hat diese ihre Leitzinsen seit dem vergangenen Jahr deutlich angehoben. Mit dem inzwischen zu beobachteten Rückgang der Inflationsraten könnte sich nun ein Ende der Zinserhöhungen abzeichnen.

Schaubild 5

Verbraucherpreisinflation in den Vereinigten Staaten

Januar 2020 bis Mai 2023, in Prozent, Beiträge in %-Punkten.



Quelle: BLS, Macrobond, eigene Berechnungen.

Bislang zeigte sich die Konjunktur trotz der starken Preisanstiege und der geldpolitischen Straffung noch robust. Mit der Einigung über die Anhebung der Schulden-
grenze konnte zudem zuletzt das Risiko eines Zahlungsausfalls auf Bundesebene ab-
gewendet werden. Gleichwohl bleibt die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeit-
raum voraussichtlich gedämpft. Im laufenden Jahr dürfte das BIP um 1,4% steigen,
im kommenden Jahr um 1,3%. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Verbraucher-
preisinflation weiter abschwächen wird. Mit 4,0% im Jahresdurchschnitt dürfte sie
aber auch in diesem Jahr noch auf einem deutlich erhöhten Niveau verbleiben, bevor
sie im kommenden Jahr voraussichtlich auf 2,2% zurückgeht.

2.2 Japan: allmähliche Erholung nach der pandemiebedingten Rezession

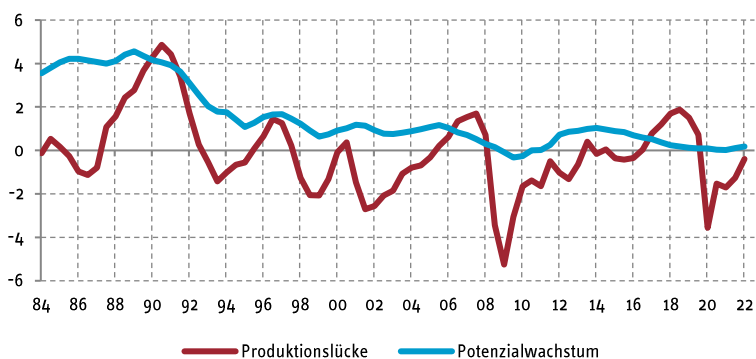
Die japanische Wirtschaft ist mit einem kräftigen Quartalswachstum von 0,7% in
das laufende Jahr gestartet. Hierzu trug insbesondere die inländische Nachfrage bei.
Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war dagegen angesichts eines deutlichen
Rückgangs der Exporte negativ. Trotz des jüngsten Anstiegs liegt das BIP immer noch
spürbar unter dem im Jahr 2019 erreichten Niveau, so dass es bislang nur eine un-
vollständige Erholung von der pandemiebedingten Rezession gab. Die von Forschern
der Bank of Japan geschätzte Produktionslücke hatte sich bis zum Jahresende 2022
aber weitgehend geschlossen (Schaubild 6). Gleichzeitig dürfte das Potenzial-

wachstum der japanischen Volkswirtschaft, insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung, sehr gering sein, so dass die Anstiege des BIP absehbar verhalten bleiben dürften.

Schaubild 6

Japan: Produktionslücke und Potenzialwachstum

%, 1984 bis 2022



Quellen: Bank of Japan, eigene Darstellung.

Zuletzt deuteten Stimmungsindikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes auf eine positive konjunkturelle Dynamik hin. Für das laufende Jahr ist damit zu erwarten, dass sich die Erholung der japanischen Wirtschaft fortsetzt. Mit 1,5% dürfte das BIP-Wachstum dabei etwas kräftiger ausfallen als im Vorjahr. Für das Jahr 2024 ist mit einer Wachstumsrate von 1,0% zu rechnen. Damit wird im Prognosezeitraum das Vorkrisenniveau des BIP aus dem Jahr voraussichtlich übertroffen. Nachdem die Inflation im vergangenen Jahr deutlich gestiegen ist, ist damit zu rechnen, dass sie im laufenden Jahr mit 3,0% nochmals höher ausfallen wird, bevor sie im kommenden Jahr zurückgehen und noch bei 1,3% liegen dürfte.

2.3 Uneinheitliche konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern

Nachdem die Wirtschaftsleistung in **China** im vierten Quartal 2022 durch die starke Ausbreitung des Coronavirus und die zunächst noch getroffenen Eindämmungsmaßnahmen gebremst wurde, stieg das BIP im ersten Quartal dieses Jahres um 2,2% gegenüber dem Vorquartal. Die Lockerung der Maßnahmen dürften noch weiter stützend auf die konjunkturelle Dynamik wirken, sofern nicht erneute Ansteckungswellen, etwa aufgrund von Arbeitsausfällen oder Vorsichtsmaßnahmen, zu größeren Dämpfern führen.

Frühsommer 2023

Für die weitere Entwicklung zeichnen Indikatoren allerdings ein gemischtes Bild. Während Stimmungsumfragen bei den Dienstleistungen auf eine positive Dynamik hindeuten, zeigten sich im Verarbeitenden Gewerbe schwächere Tendenzen. Gleichzeitig dürften Probleme im Immobiliensektor fortbestehen. Die schwache Inflation bei Produzenten- und Verbraucherpreisen in China deutet ebenfalls nicht auf eine starke konjunkturelle Entwicklung hin. Im laufenden Jahr dürfte der BIP-Zuwachs bei 5,8% liegen und damit das Wachstumsziel der Regierung von rund 5% aber wohl erreicht werden. Im kommenden Jahr beträgt das BIP-Wachstum dann voraussichtlich 4,5% (Tabelle 3).

In **Indien** wuchs das BIP im ersten Quartal dieses Jahres erneut kräftig. Umfragebasierte Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung dieser positiven Dynamik hin. Die restriktivere Geldpolitik und das schwächere globale Umfeld dämpfen aber die Konjunktur. In den beiden Jahren des Prognosezeitraums dürften die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten trotzdem jeweils mehr als 6% betragen.

Bei der konjunkturellen Entwicklung in den weiteren **asiatischen Volkswirtschaften** zeigen sich deutliche Unterschiede. So schwächte sich die Dynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie Südkorea, Singapur und Taiwan, die nach dem pandemiebedingten Einbruch im Jahr 2020 in den vergangenen Jahren ein kräftiges Wachstum aufwiesen, etwas ab. Dagegen setzte sich die Erholung in vielen Schwellenländern fort, etwa in Indonesien und den Philippinen. Die weitere konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern wird durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt, welche die einzelnen Länder je nach ihrer Wirtschaftsstruktur in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Hierzu zählt neben der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und der damit verbundenen Nachfrage nach Produkten etwa die Entwicklung der Rohstoffpreise. Zudem verschlechtert die geldpolitische Straffung der meisten Zentralbanken die Finanzierungsbedingungen auch für die Schwellen- und Entwicklungsländer.

In **Lateinamerika** konnte Brasilien nach einem schwächeren Schlussquartal zum Jahresbeginn ein starkes Wachstum verzeichnen. Hierzu trug insbesondere ein kräftiger Anstieg der Agrarproduktion bei. Die Inflation ist in Brasilien seit dem Sommer vergangenen Jahres deutlich zurückgegangen. Trotz der deutlichen Zinsanhebungen der Zentralbank stieg auch in Mexiko das BIP im ersten Quartal kräftig. In Argentinien, wo das BIP im Schlussquartal 2022 spürbar zurückgegangen ist, dürften dagegen die wirtschaftlichen Probleme fort dauern. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der geldpolitischen Straffung und des schwachen globalen Umfelds bleibt die konjunkturelle Dynamik der Wirtschaft Lateinamerikas im Prognosezeitraum voraussichtlich eher verhalten.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Tabelle 3

Reales BIP und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

2022 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2022	2023 ^P	2024 ^P	2022	2023 ^P	2024 ^P
China¹	3,0	5,8	4,5	1,9	0,6	1,9
Ostasien²	3,5	2,7	3,5	4,5	3,3	2,1
Korea	2,6	1,2	2,4	5,1	3,3	1,8
Indonesien	5,3	4,9	5,1	4,2	3,8	2,8
Taiwan	2,4	-0,2	2,4	3,0	2,6	1,8
Thailand	2,6	3,6	4,0	6,1	1,6	1,2
Hong Kong	-3,5	5,0	2,5	1,9	1,9	2,0
Singapur	3,6	0,8	2,0	6,1	5,2	2,1
Malaysia	8,7	3,9	4,8	3,4	2,7	2,0
Philippinen	7,7	6,5	6,1	5,8	5,8	3,1
Indien	6,6	6,3	6,4	6,7	5,1	4,0
Lateinamerika	3,3	2,2	1,6	17,8	19,5	11,9
Brasilien	3,0	2,9	1,6	9,3	5,0	4,2
Mexiko	3,0	2,5	1,6	7,9	5,5	3,6
Argentinien	5,2	-1,3	1,2	72,4	105,1	59,5
Russland	-2,1	-2,0	1,0	13,8	5,5	4,7

Eigene Berechnungen nach nationalen Angaben. - ¹Ohne Hong Kong. - ²Länder gewichtet mit dem U.S. Dollar BIP von 2021. ^PPrognose.

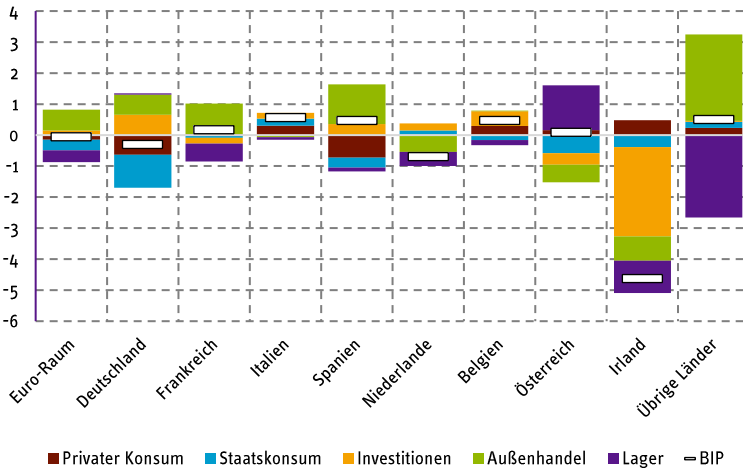
2.4 Euro-Raum: schwache konjunkturelle Dynamik bei hoher Inflation

Der **Euro-Raum** meldete zu Beginn des Jahres im Vorquartalsvergleich eine leicht rückläufige Wirtschaftsleistung. Der private Verbrauch ist vor dem Hintergrund des Kaufkraftverlusts infolge der hohen Inflation das zweite Quartal in Folge gesunken, wenn auch langsamer als im Schlussquartal des vergangenen Jahres. Auch die öffentlichen Konsumausgaben gingen zurück. Dagegen trugen die Investitionen positiv zum BIP-Wachstum bei, ebenso wie der Außenbeitrag. Der Rückgang vieler Rohstoffpreise, nicht zuletzt für Erdgas, und ein gegenüber dem US-Dollar stärkerer Euro haben dazu beigetragen, den Druck auf die Importkosten zu verringern. Auch die Einfuhrmengen sind zurückgegangen, insbesondere bei Rohstoffen, Vorleistungsgütern und Investitionsgütern. Allerdings war die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten sehr heterogen (Schaubild 7).

Schaubild 7

BIP-Wachstum und Wachstumsbeiträge in ausgewählten Euro-Raum Ländern

2023 Q1, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, Beiträge in %-Punkte



Quelle: Macrobond, Eurostat.

Deutschland meldete im ersten Quartal einen Rückgang des BIP um 0,3%. Dieser ist insbesondere auf eine starke Reduzierung der öffentlichen Konsumausgaben und einen schwachen privaten Konsum zurückzuführen. In Frankreich stagnierte der private Konsum trotz eines Rückgangs des Lebensmittelverbrauchs aufgrund einer starken Zunahme des persönlichen Energiekonsums. Dies ist zum Teil auf einen Anstieg des effektiven Energieverbrauchs zurückzuführen. Darüber hinaus hat die französische Regierung den Geltungsbereich des Energiegutscheins erweitert, der nun für die Bezahlung von Gas-, Strom- und Heizölrechnungen sowie für bestimmte Renovierungsarbeiten verwendet werden kann. Im Gegenzug müssen einige Energiekosten, die bisher vom Staat getragen wurden, nun wieder von den privaten Haushalten übernommen werden, was ebenfalls zu einem Anstieg des persönlichen Energieverbrauchs geführt hat. Ein deutlicher Rückgang der Importe führte zusammen mit schwachen Ausfuhren zu einem positiven Impuls des Außenbeitrags. Insgesamt stieg das BIP um 0,2%.

In Italien trug die Inlandsnachfrage trotz des anhaltenden Kaufkraftverlusts mit starken Anstiegen des öffentlichen und des privaten Konsums zu einem kräftigen Quartalswachstum von 0,5% bei. Hingegen verzeichnete die spanische Wirtschaft ähnlich wie Deutschland erhebliche Rückgänge des Konsums. Allerdings konnte

aufgrund des beträchtlichen Wachstumsbeitrags des Außenbeitrags, vor allem aufgrund der starken Exporte, sowie einer Zunahme der Investitionstätigkeit eine Expansionsrate von 0,4% verzeichnet werden.

Die Teuerung hat sich weiter abgeschwächt. Der Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat lag im Mai laut der Schellschätzung von Eurostat bei 6,1%. Der Rückgang der Inflationsrate ist vor allem auf die Dynamik der Energiepreise zurückzuführen. Nachdem diese im Jahr 2022 noch rund 3 bis 4 %-Punkte zur Inflationsrate beigetragen hatten, ist ihr Beitrag seit März minimal. Der Beitrag der übrigen Komponenten, nämlich Lebensmittel, Alkohol und Tabak (Nahrungsmittel), Dienstleistungen und Industriegüter, blieb dagegen seit Oktober weitgehend unverändert. (Schaubild 8, oben). Die Kerninflation (ohne die Preise für Energie sowie Lebensmittel, Alkohol und Tabak) lag von Februar bis April 2023 auf einem historischen Hochpunkt von 5,6% und ist in Mai leicht auf 5,3% zurückgegangen. Der starke und kontinuierliche Anstieg des HVPI im vergangenen Jahr führt jedoch zu erheblichen Basiseffekten, die die derzeitige Dynamik am aktuellen Rand verdecken.

Diese Dynamik zeigt sich deutlicher, wenn die laufenden Wachstumsraten des durchschnittlichen Preisniveaus in den vergangenen drei Monaten gegenüber den drei Monaten davor betrachtet werden (Schaubild 8, unten). Die Durchschnittsbildung glättet eventuelle starke Schwankungen in einzelnen Monaten. Für die Monate März, Juni, September und Dezember entsprechen diese Wachstumsraten der Quartalsrate. Da die Gewichte der Komponenten nur jährlich angepasst werden, ist die Zerlegung in Inflationsbeiträge für die meisten Monate nur approximativ - es gibt eine kleine Diskrepanz zwischen der Summe der Beiträge und der Veränderungsrate des HVPI. In dieser Betrachtungsweise zeigt sich, dass die Energiepreise seit Jahresbeginn negativ auf die Inflationsrate wirken und der Preisanstiegsdruck der Dienstleistungen seit der Jahreswende leicht nachgelassen hat. Eine Verlangsamung des Preisanstieges ist im Mai auch bei den Preisen für Industriegüter (ohne Energie), was zu dem leichten Rückgang der Kerninflationsrate beigetragen hat, sowie bei den Lebensmittelpreisen zu beobachten.

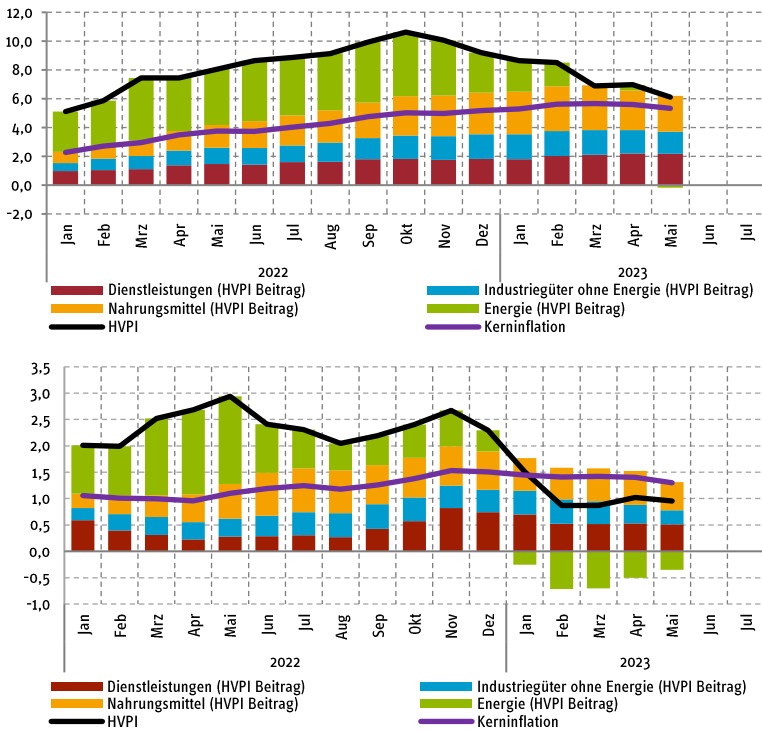
Das Inflationstempo der Erzeugerpreise, die einen Vorlauf vor den Konsumentenpreisen haben, hat sich auch weiter verlangsamt (Schaubild 9). Zwar hat die Erzeugerpreis-inflation vor allem aufgrund des Beitrags der Dynamik bei den Energie- und Vorleistungsgüterpreisen nachgelassen, doch sind auch die übrigen Komponenten in der ersten Jahreshälfte zurückgegangen.

Frühsommer 2023

Schaubild 8

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Kerninflation und Beiträge zur Inflation.

Januar 2022 bis Mai 2023, Vorjahresveränderung (oben) und 3-Monate auf 3-Monate Veränderung (unten) in %. Beiträge in %-Punkten.

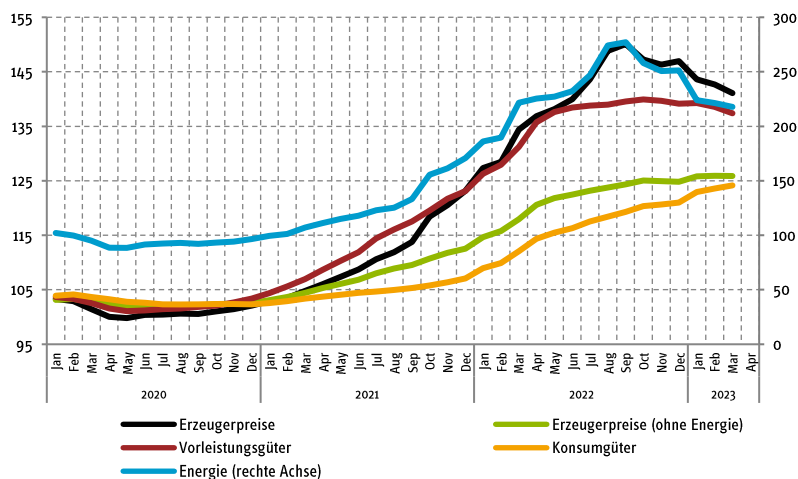


Quellen: Macrobond, Eurostat

Schaubild 9

Erzeugerpreise

Januar 2020 bis April 2023, Index



Quellen: Macrobond, Eurostat

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb weitgehend unverändert, was zum Teil auf die Knappheit von Arbeitskräften zurückzuführen ist. Laut den aktuellen Unternehmens- und Verbrauchenumfragen der Europäischen Kommission ist der Faktor Arbeit in den letzten sechs Monaten zu einem immer wichtigeren Produktionshemmnis geworden. Knapp unter 30% der Unternehmen berichten davon (Schaubild Kasten, Seite 30). Im Vergleich dazu lag der Durchschnitt im Zeitraum 2000–2021 bei ca. 7%. Die harmonisierte Arbeitslosenquote fiel im April auf einen historischen Tiefstand von 6,5%. Nachdem die Beschäftigung im letzten Quartal des vergangenen Jahres um 0,3% gestiegen war, nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Euro-Raum im ersten Quartal um weitere 0,6% zu.

Auf ihrer geldpolitischen Sitzung im Mai hat die EZB den Hauptrefinanzierungssatz um 25 Basispunkte auf 3,75% angehoben. Angesichts der hohen Inflationsrate, insbesondere der Kerninflation, wird eine weitere Anhebung im Juni auf 4% erwartet. Da es jedoch in einigen Mitgliedstaaten Anzeichen für eine Abschwächung der Kerninflation gibt, könnte das Ende des Zinserhöhungszyklus damit erreicht sein. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte aber wohl länger auf dem erreichten Niveau beibehalten werden, bis die zugrundeliegenden Inflationszahlen wieder absehbar in der Nähe der Zielvorgaben der Zentralbank liegen. Da die Kerninflationsrate über den Prognosehorizont hinweg allmählich sinken und sich die Wirtschaftsaussichten

Frühsommer 2023

verbessern dürften, wird die EZB voraussichtlich erst gegen Ende 2024 mit einer Zinssenkung beginnen.

Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklungen auf die Unternehmensinvestitionen auswirken wird. Laut der im April durchgeführten Umfrage über die Kreditvergabe der Banken haben sich die Kreditbedingungen für Firmen- und Wohnbaudarlehen erheblich verschärft. Als Hauptfaktoren wurden eine höhere Risikowahrnehmung, eine abnehmende Risikotoleranz und höhere Finanzierungskosten genannt. Gleichzeitig ist die Kreditnachfrage aufgrund des Anstiegs der Zinssätze und der Abschwächung der Immobilienmärkte stark zurückgegangen. Die Verschärfung der finanziellen Rahmenbedingungen dürfte sich negativ auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen auswirken, vor allem im verarbeitenden Gewerbe. Doch insgesamt scheinen andere Faktoren die Hauptengpässe für die Produktion zu sein.

Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich im Jahr 2022 verbessert, unterstützt durch einen, zum Teil auch inflationsbedingten, Anstieg der Steuereinnahmen, sowie durch die günstigen wirtschaftlichen Entwicklungen und das Auslaufen der pandemiebedingten Notfallprogramme. Mit dem weiteren Auslaufen der befristeten Maßnahmen wird erwartet, dass die Finanzpolitik leicht restriktiv bleibt und sich die Finanzierungssalden weiter verbessern werden.

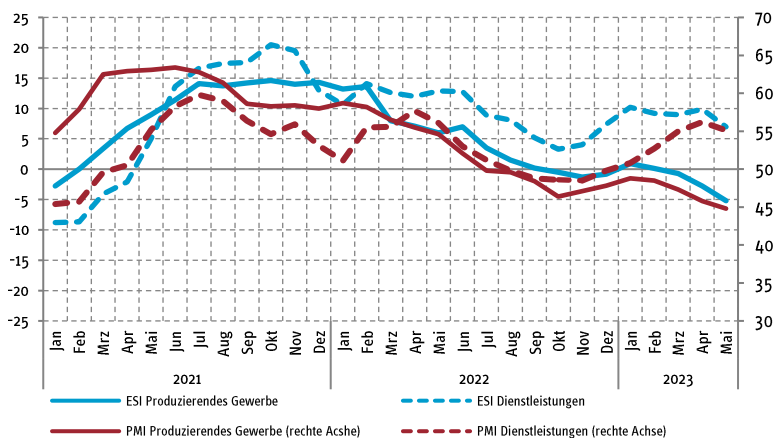
Die Haushalts- und Beihilferegeln der EU wurden für ein weiteres Jahr, bis Ende 2024, ausgesetzt, um den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Abfederung der Auswirkungen u. a. der hohen Energie- und Rohstoffpreise nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zu geben. Wenn die fiskalischen Regeln wieder in Kraft treten, werden sie wahrscheinlich in überarbeiteter Form gelten und sich auf einen mehrjährigen Anpassungspfad konzentrieren, der darauf abzielt, dass sich die hohen Schuldenlasten mittelfristig auf einem glaubwürdigen Abwärtstrend befinden. Die Verhandlungen über den künftigen Rahmen wurden verlängert und werden in diesem Jahr fortgesetzt. Die Mitgliedsstaaten müssen sich noch auf die Reformbedingungen einigen.

Die umfragebasierten Indikatoren deuten auf eine schwache Industrieproduktion hin. So ist der S&P Global Einkaufsmanagerindex (PMI) für die Industrie seit Januar auf einem Abwärtstrend und lag im Mai bei 44,8 Punkten. Der Indikator der Europäischen Kommission hinsichtlich des Vertrauens in der Industrie ist von 0,9 am Anfang des Jahres auf -5,2 im Mai gefallen (Schaubild 10). Die Industrieproduktion im Euro-Raum zeigte im ersten Quartal eine Seitwärtsbewegung.

Schaubild 10

Umfragebasierten Indikatoren – Einkaufsmanagerindex (PMI) und Economic Sentiment Index (ESI)

Januar 2021 bis Mai 2023, Index



Quellen: Macrobond, Europäische Kommission

Die Entwicklung und die Aussichten im Dienstleistungssektor sind trotz der hohen Inflationsraten immer noch günstig. Der PMI für den Dienstleistungssektor lag im Mai bei 55,1 und damit immer noch weit über der Expansionsschwelle von 50, auch wenn der Sentiment-Indikator leicht von 56 im Vormonat zurückgegangen ist. Eine ähnliche Dynamik zeigt auch der Vertrauensindikator der Kommission im Dienstleistungssektor. Das Konsumentenvertrauen hat sich in den vergangenen Monaten verbessert, liegt aber immer noch weit unter dem langfristigen Durchschnitt.

Vor diesem Hintergrund dürfte die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal weiter schwach geblieben sein, mit positiven Impulsen vom Dienstleistungssektor.

Frühsommer 2023

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Ländern des Euro-Raums

2022 bis 2024

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
	in %			in %			in %		
	2022P	2023P	2024P	2022P	2023P	2024P	2022P	2023P	2024P
Deutschland	1,9	-0,1	2,0	8,7	5,9	2,3	3,1	3,0	3,0
Frankreich	2,5	0,8	1,3	5,9	5,9	2,6	7,3	6,9	6,8
Italien	3,8	1,2	1,1	8,7	7,1	2,2	8,1	8,0	8,5
Spanien	5,5	2,2	1,8	8,3	4,4	2,4	12,9	13,0	13,0
Niederlande	4,5	0,7	1,4	11,6	5,9	2,3	3,5	3,5	3,5
Belgien	3,2	1,2	1,4	10,3	6,7	2,5	5,6	5,7	5,5
Irland	12,1	0,4	4,9	8,1	6,2	3,0	4,5	4,6	4,5
Österreich	4,9	0,7	1,3	8,6	6,6	3,1	4,8	4,9	4,8
Finnland	2,1	0,2	1,4	7,2	5,3	2,7	6,8	6,7	6,7
Portugal	6,7	2,7	1,8	5,9	6,7	2,5	6,0	6,0	5,7
Griechenland	6,0	1,6	2,1	9,3	5,4	2,4	12,4	11,9	12,3
Slowakei	1,7	1,4	1,9	12,1	10,9	3,1	6,2	5,8	5,8
Luxemburg	1,6	0,5	2,2	8,2	4,1	2,4	4,6	4,6	4,5
Kroatien	6,3	2,2	2,4	10,6	8,9	3,2	6,9	6,5	6,5
Litauen	1,9	-1,9	2,4	18,9	11,8	4,2	6,0	6,3	6,0
Slowenien	5,7	1,4	3,2	9,3	7,2	2,7	4,0	4,0	4,3
Lettland	2,8	1,4	2,0	17,2	12,6	2,7	6,8	6,6	6,5
Estland	-1,0	-1,7	1,9	19,4	10,4	4,3	5,6	5,7	5,5
Zypern	5,6	3,4	3,5	8,1	4,7	2,3	6,8	6,4	6,2
Malta	7,1	2,3	3,8	6,1	5,5	3,1	3,0	3,1	3,1
Euro-Raum³	3,5	0,8	1,7	8,4	6,1	2,5	6,7	6,6	6,7
Neue EU-Staaten	4,4	1,3	2,8	13,5	12,2	5,0	3,4	3,3	3,2
Schweden	2,9	1,1	2,1	8,1	6,0	2,0	7,5	7,5	7,5
Dänemark	3,8	1,6	1,9	8,5	4,5	2,1	4,5	5,3	5,5
EU-27³	3,6	0,9	1,8	8,8	6,6	2,7	6,1	6,0	6,0

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. - ¹Harmonisierte Verbraucherpreisindizes. - ²Standardisiert. - ³Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Anzahl der Erwerbspersonen von 2021 gewogener Durchschnitt.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Eine Erholung im Produzierenden Gewerbe dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte zeigen, wenn die Inflation bei der Produzentenpreise weiter zurückgeht und sich die sinkenden Energiekosten über die gesamte Produktionskette auswirken. Die derzeitige schwächere Entwicklung der Preise dürfte sich weiter fortsetzen, was den Konsum allmählich stützen dürfte. Jedoch ist zu erwarten, dass die Investitionen im Laufe des Jahres aufgrund der steigenden Finanzierungskosten weiter gedämpft werden (Tabelle 5). Leicht stützende Impulse werden auch vom Außenhandel erwartet. Alles in allem dürfte das BIP dieses Jahr lediglich um 0,8% zunehmen und im kommenden Jahr mit 1,7% expandieren.

Die Inflationsbeiträge der Energiepreise im Vorjahresvergleich bleiben vor allem auf Grund von Basiseffekten weiter negativ. Die Kerninflationsrate für den Euro-Raum dürfte über den Prognosehorizont allmählich zurückgehen. Nachdem die Reallohne im Jahr 2022 insgesamt gesunken sind, ist allerdings ein Aufwärtsdruck von den Löhnen zu erwarten. Die Inflationsrate im laufenden Jahr wird voraussichtlich bei 6,1% liegen und im Folgejahr auf 2,4% zurückgehen. Die Arbeitsmarktlage dürfte mit wenig Schwankungen bei der Arbeitslosenquote - 6,6% im laufenden und 6,7% im nächsten Jahr - weiterhin robust bleiben.

Tabelle 5

Eckwerte der Konjunktur im Euro-Raum

2020 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023p	2024p
Privater Konsum	-7,8	3,7	4,5	0,0	1,9
Öffentlicher Konsum	1,0	4,3	1,4	0,1	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	-6,5	4,0	3,8	0,9	1,9
Vorratsveränderungen ¹	-0,3	0,2	0,3	0,2	0,0
Inlandsnachfrage	-5,9	4,1	3,9	0,4	1,8
Export	-9,2	10,5	7,3	0,9	2,1
Import	-8,7	8,3	8,4	0,2	2,3
Außenbeitrag ¹	-0,5	1,3	-0,2	0,4	0,0
Bruttoinlandsprodukt	-6,2	5,3	3,5	0,8	1,7
Verbraucherpreise	0,3	2,4	8,1	6,1	2,5
Arbeitslosenquote ²	8,0	7,7	6,7	6,6	6,7

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat. - ^pEigene Prognose. - ¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten. - ²Harmonisiert nach ILO, in % der Erwerbspersonen.

Frühsommer 2023

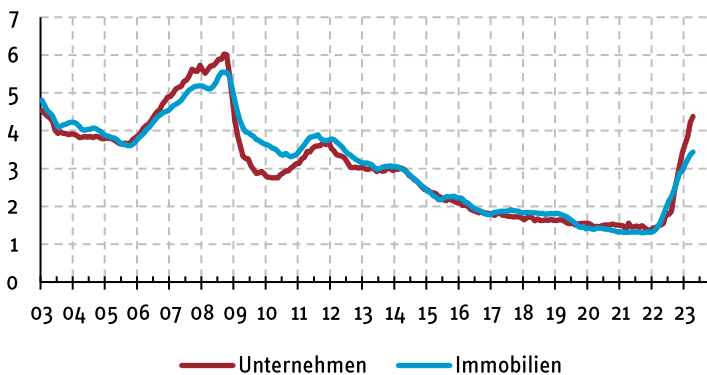
Kasten

Finanzierungsbedingungen und die Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe

Die Zusammengesetzte Fremdkapitalkosten für Unternehmen lagen zuletzt laut der Zinsstatistik der EZB bei 4,4% im April. Ebenso sind auch die Kreditkosten für Immobilien für Haushalte stark gestiegen (Schaubild). Durch die Erhöhung der Finanzierungskosten dürften die stark steigenden Zinssätze die Investitionen beeinträchtigen.

Zusammengesetzte Kreditkosten

Januar 2003 bis April 2023 in %



Quellen: Macrobond, Europäische Kommission

In der Vergangenheit ging eine Verschärfung der Kreditbedingungen mit einer schwächeren Industrieproduktion einher. Das Schaubild unten zeigt die Geschäftslage im Industriesektor zusammen mit einem Maß für die Verschärfung der Kreditrichtlinien in Deutschland, Italien und Spanien.² Die Geschäftslage in der Industrie wird durch den OECD-Geschäftslageindex wiedergegeben, die Anspannung der Kreditvergabe durch den Bank Lending Survey. Die Geschäftslage wird in absoluter Abweichung vom Mittelwert dargestellt - in grüner Farbe, wenn sie über 0 liegt, was auf eine Expansion hindeutet, und in roter Farbe, wenn sie nicht über 0 liegt, was auf eine Schrumpfung hindeutet, während die Finanzierungsbedingungen verschärft werden, wenn sie über Null liegen.

Das Schaubild zeigt, dass es in der Tat eine gemeinsame Bewegung zwischen den beiden Indikatoren gibt, wobei die Verschärfung der Kreditkonditionen häufig vor der

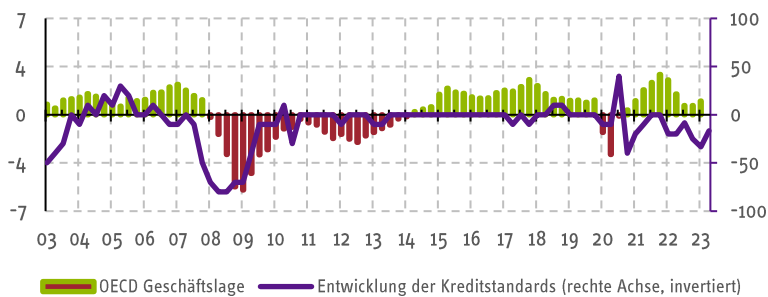
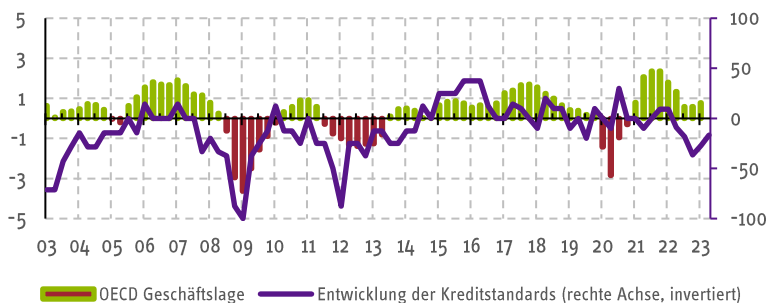
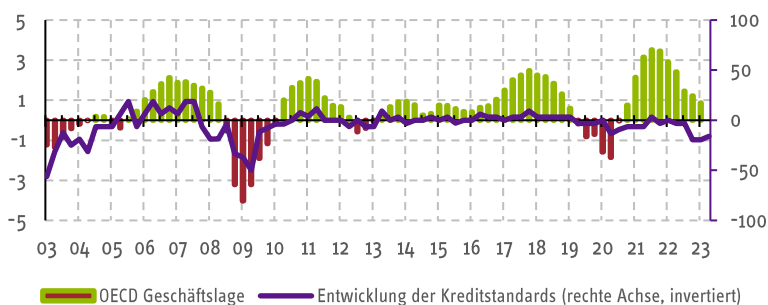
² Für eine Darstellung für den USA siehe „Manufacturing in a credit crunch, inflation impacts and Thai rice“, Macrobond Mai 2023, <https://www.macrobond.com/charts-of-the-week/manufacturing-in-a-credit-crunch-inflation-impacts-and-thai-rice>, abgerufen am 10.06.2023.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Verschlechterung der Produktionsbedingungen eintritt, insbesondere in den USA und Italien und in geringerem Maße auch in Deutschland. Die sich rasch verschlechternden Finanzierungsbedingungen könnten dann dazu beitragen, den Rückgang des Industriesektors zu erklären.

Geschäftslage und Finanzierungsbedingungen in Deutschland, Italien und Spanien

2003Q1 bis 2023Q1. Index, Abweichung vom Mittelwert (linke Achse), % (rechte Achse)



Quellen: Macrobond, OECD, ECB

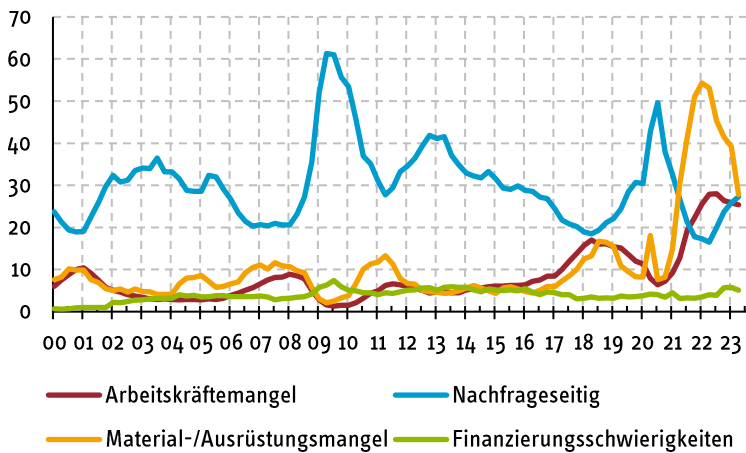
Frühsommer 2023

Im Rahmen der Umfrage zur wirtschaftlichen Einschätzung werden die Teilnehmer von der Europäischen Kommission nach den Faktoren gefragt, die die Produktion derzeit einschränken, wobei die folgenden Antworten zur Auswahl stehen: Nachfrageseitig, Arbeitskräftemangel, Finanzierungsschwierigkeiten, Material-/Ausrüstungsmangel, Sonstige und Keine. Das folgende Schaubild zeigt die Antworten für Nachfrage, Arbeitskräfte, Finanzen und Ausrüstung. Vor allem der angebotsseitige Faktor Material- und Ausrüstungsmangel hat deutlich nachgelassen, was auf eine Verbesserung der Lieferketten hindeutet. Mit einem Anteil zwischen 25% und 30% ist dies jedoch immer noch ein wesentlicher Faktor.

Der Mangel an ausreichender Nachfrage ist im laufenden Jahr zum zweitwichtigsten Faktor geworden. Außerdem hat der Arbeitskräftemangel nach der Pandemie an Bedeutung gewonnen und ist nun der drittwichtigste Faktor. Der finanzielle Faktor hat dagegen seit Beginn des Zinsstraffungszyklus nur geringfügig zugenommen und spielt als Produktionsengpass nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings zeigte dieser Faktor auch bei früheren Zinsanstiegen und in der Finanzkrise 2008 eher wenig Bewegungen und wurde nur von einem eher geringen Anteil genannt.

Produktionseinschränkende Faktoren im Euro-Raum

2000 bis 2023 in %



Quellen: Macrobond, Europäische Kommission

2.5 Vereinigtes Königreich: kaum Dynamik bei der Wirtschaftsleistung

Im ersten Quartal dieses Jahres stieg das BIP im **Vereinigten Königreich** saisonbereinigt um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Dies entsprach der Wachstumsrate des Schlussquartals 2022. Im dritten Quartal hatte es einen leichten Rückgang des BIP um 0,1% gegeben. Insgesamt stagniert die Wirtschaftsleistung damit seit Beginn des vergangenen Jahres weitgehend (Schaubild 11). Vor dem Hintergrund der hohen Inflationsraten und der damit verbundenen Kaufkraftverluste entwickelt sich der private Konsum nur schwach.

Schaubild 11

Monatliches reales Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich

Monatlicher Index, 2019=100, Januar 2015 bis April 2023



Quelle: ONS.

Die Verbraucherpreisinflation verbleibt trotz des im April verzeichneten Rückgangs auf einem sehr hohen Niveau. Insbesondere die stark erhöhten Energiepreise sowie stark gestiegene Preise für Lebensmittel haben hieran ihren Anteil. Vor diesem Hintergrund hat die Bank of England ihren Leitzins auf zuletzt 4,5% deutlich erhöht. Am Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin eine hohe Auslastung, auch wenn sich zuletzt eine leichte Abschwächung andeutete. So gab es nach vorläufigen Zahlen einen leichten Rückgang der Beschäftigung, sowie einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote. Zudem ging die Zahl der Vakanzen zurück, auch wenn sie weiterhin deutlich über dem Vorpandemieniveau liegt. Obschon die nominalen Löhne und Gehälter deutlich kräftiger steigen als in den Vorjahren, bleiben die Anstiege deutlich hinter den Inflationsraten zurück, so dass real Einkommensverluste zu verzeichnen sind.

Vor dem Hintergrund der Kaufkraftverluste und der geldpolitischen Straffung dürfte die Dynamik der Wirtschaftsaktivität weiterhin deutlich gebremst bleiben. Insgesamt dürfte das BIP in diesem Jahr stagnieren und im kommenden Jahr um 1,0% zunehmen. Die Inflation dürfte im laufenden Jahr mit 7,5% erneut sehr hoch ausfallen und deutlich über dem Zielwert der Notenbank von 2% liegen. Nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung der Energiepreise ist aber zu erwarten, dass sie kommenden Jahr merklich zurückgeht, auf dann 2,8% im Jahresdurchschnitt.

2.6 Mittel- und Osteuropa: Wirtschaftsaussichten hellen sich auf

In den **mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU** blieb die Wirtschaftsdynamik im ersten Quartal des laufenden Jahres verhalten. Während sich die Rezession in Ungarn das dritte Quartal in Folge fortsetzte, endete sie mit einer Stagnation des BIP in Tschechien. In Polen expandierte das BIP, nach der rückläufigen Entwicklung im Vorquartal, hingegen kräftig. In Bulgarien und Rumänien setzte sich die leicht positive Entwicklung des Vorquartals fort. Konjunkturstützend wirkten in allen Ländern die Dienstleistungen, die sich, trotz sinkender Realeinkommen, als robust erwiesen. Die Nettoexporte trugen infolge niedrigerer Preise für Energieimporte zur Expansion bei. Die schwache Industrie und auch der Rückgang der Bauaktivität in einigen Ländern bremsen hingegen die Zunahme der Wirtschaftsleistung.

Die Inflation blieb in den ersten vier Monaten dieses Jahres in allen Ländern im zweistelligen Bereich. Allerdings schwächte sich die Teuerungsrate seit Anfang des Jahres kontinuierlich ab. Die Verlangsamung folgte der Dynamik der weltweiten Nahrungsmittel- und Energiepreise. Die immer noch hohen Teuerungsraten bei Strom und Brennstoffen sowie bei Lebensmitteln schlagen sich weiterhin, wegen des großen Gewichts dieser Gütergruppen, stark in der Inflationsrate nieder. Die höchste Inflationsrate in der Region verzeichnete im April Ungarn mit 24%. Dabei betrug die Inflation bei Lebensmitteln sowie bei Strom und Brennstoffen rund 39% bzw. 42%. Die niedrigsten Inflationsraten wiesen im April Bulgarien und Rumänien auf mit jeweils rund 10%.

Nach einer schwächeren Entwicklung im ersten Halbjahr sollte die Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern ab der zweiten Jahreshälfte, getrieben durch Investitionen und einer Belebung des privaten Konsums, wieder anspringen. Dabei dürften die nachlassende Inflation und der Aufwärtsdruck auf die Löhne, aufgrund der angespannten Arbeitsmärkte, den privaten Konsum stützen. Andererseits verteuern die angehobenen Leitzinsen die Kredite für Konsumenten und Unternehmen. Konjunkturstützend wirken auch die Auszahlungen aus den EU-Mitteln. Die Mittel aus dem NextGenerationEU-Programm werden maßgeblich zur Finanzierung von Projekten zur Dekarbonisierung und Digitalisierung eingesetzt. Da die europarechtlichen Voraussetzungen für die Auszahlung von Geldern aus dem Aufbaufonds der

EU an Polen und an Ungarn weiterhin nicht erfüllt sind, haben diese Länder bis dato noch keine Mittel erhalten.

Eine Erholung der Auslandsnachfrage im nächsten Jahr hellt die Aussichten für die exportorientierten osteuropäischen Wirtschaften auf. Auch eine geplante Erhöhung der Militärausgaben in den NATO-Ländern könnte sich positiv auf die BIP-Dynamik auswirken. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,3% in diesem Jahr und um 2,8% im nächsten Jahr zunehmen (Tabelle 6).

Tabelle 6

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU

2022 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
	in %			in %			in %		
	2022	2023P	2024P	2022	2023P	2024P	2022	2023P	2024P
Polen	5,4	1,3	2,5	13,2	12,1	5,8	2,9	2,7	2,6
Rumänien	4,2	2,8	3,8	12,0	9,8	4,8	5,6	5,5	5,3
Tschechien	2,5	0,3	2,8	14,8	11,7	3,2	2,4	2,6	2,5
Ungarn	4,6	0,5	2,5	15,2	18,2	5,5	3,6	4,0	3,8
Bulgarien	3,7	1,3	3,0	13,0	9,5	4,5	4,3	4,0	3,9
Insgesamt²	4,4	1,3	2,8	13,5	12,2	5,0	3,4	3,3	3,2

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. - ¹Standardisiert. - ²Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Zahl der Erwerbspersonen von 2021 gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. - ^PPrognose.

2.7 Russland: angespannte Wirtschaftslage bleibt bestehen

In **Russland** setzte sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal dieses Jahres fort. Trotz niedriger Vergleichsbasis schrumpfte die Wirtschaftsaktivität um 1,9% im Vorjahresvergleich. Das Volumen der Einzelhandelsumsätze, ein aussagekräftiger Indikator für die Dynamik der Wirtschaftsleistung, sank infolge schrumpfender Realeinkommen um 7,3%. Das Volumen der Neuwagenverkäufe betrug weniger als die Hälfte des Niveaus vor der Invasion. Ein kräftiger Anstieg der Anlageinvestitionen milderte den Rückgang. Dieser war größtenteils auf öffentlich geförderte Investitionsprojekte zurückzuführen. Höhere Rüstungsausgaben und die Produktion von Militärgütern begrenzten den BIP-Rückgang zusätzlich. Allerdings ließen die Aufwendungen für den Krieg und die Konjunkturimpulse die Staatsausgaben in die Höhe schnellen.

Trotz Sanktionsumgehung und einer starken Zunahme des russischen Handelsvolumens mit Ländern wie China, Indien oder der Türkei, werden die Wirkungen der gegen Russland verhängten westlichen Sanktionen mit Anfang dieses Jahres immer

Frühsummer 2023

stärker spürbar. Während der Wert der Exporte sinkt, steigt der Wert der Importe. Die Embargos auf Öl und Ölprodukte sowie der Ölpreisdeckel und der Rückgang der Gasexporte haben die Staatseinnahmen Russlands aus Gas- und Erdölgeschäften in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich verringert. Dadurch werden die staatlichen Mittel zur Unterstützung der Wirtschaft begrenzt.

Eine Zunahme des Angebots an Konsumgütern und der Basiseffekt führten zu einer Verlangsamung des Preisanstiegs. Die Abschwächung der Inflation auf 2,3% im April und ein starkes Lohnwachstum haben zuletzt den Rückgang der Realeinkommen etwas gedämpft. Allerdings dürfte der nachlassende Basiseffekt, ein schwacher Rubel, eine starke Verbrauchernachfrage sowie der angespannte Arbeitsmarkt die Inflation in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen lassen. Die Arbeitslosenquote sank im April auf lediglich 3,3%.

Die angespannte Lage am Arbeitsmarkt steigert den Druck, die Löhne weiter zu erhöhen. Durch die Mobilisierung und Abwanderung fehlen der russischen Wirtschaft schätzungsweise in größerem Ausmaß Arbeitskräfte. Insbesondere die langfristigen wirtschaftlichen Folgen des Braindrains dürften beträchtlich sein. Zusätzlich beeinträchtigt das westliche Exportverbot für Hochtechnologie die längerfristigen Wachstumsaussichten Russlands. Alles in allem könnte die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr einen weiteren Rückgang um 2,0% verzeichnen und im nächsten Jahr um 1,0% zunehmen (Tabelle 3).

Literatur

RWI (2023). RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Belebung des Welthandels. Pressemitteilung vom 31.05.2023

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks,
Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch und Philip Schacht

Frühsommer 2023: Konsumschwäche wird allmählich überwunden¹

Kurzfassung: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland ist weiterhin schwach. Im ersten Quartal ging das BIP sogar um 0,3% gegenüber dem Vorquartal zurück. Dies ist vor allem auf einen kräftigen Rückgang des Konsums zurückzuführen. Angesichts der weiterhin hohen Inflation zu Jahresbeginn und der damit verbundenen sinkenden Realeinkommen schränken die Haushalte zunehmend ihren Verbrauch ein. Zudem ging auch der staatliche Konsum mit -4,9% gegenüber dem Vorquartal kräftig zurück. Der Grund hierfür scheinen vor allem die auslaufenden Corona-Maßnahmen zu sein. Für das laufende zweite Quartal ist keine grundlegende Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten. Allerdings sprechen eine Reihe von Indikatoren dafür, dass das BIP gegenüber dem Vorquartal nicht weiter zurückgeht.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Konjunktur etwas beleben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass sich die Inflation weiter deutlich abschwächt und die privaten Haushalte ihre Konsumzurückhaltung nach und nach aufgeben. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP in diesem Jahr um 0,3% zurückgehen. Erst im Zuge steigender Realeinkommen ist eine stärkere Erholung insbesondere des privaten Konsums zu erwarten. Dies dürfte dazu beitragen, dass das BIP im kommenden Jahr mit einem Zuwachs von 2,0% recht deutlich ausgeweitet wird.

Der Beschäftigungszuwachs setzte sich auch am Jahresbeginn 2023 fort. Besonders ausgeprägt war der Anstieg der Erwerbstätigenzahl im ersten Quartal 2023 um saisonbereinigt 150 Tsd. Personen. Allerdings deuten das IAB-Arbeitsmarktbarometer und auch die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen auf eine Abschwächung hin. Die schwache Konjunktur hat auch einen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit zur Folge, der voraussichtlich im zweiten Quartal am stärksten sein wird. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 5,6% steigen und zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 5,4% sinken.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich seit Jahresbeginn abgeschwächt. Bemerkenswert ist, dass auch die Kernrate der Inflation im Mai deutlich zurückgegangen ist. Die deutlich höheren Lohnabschlüsse der jüngsten Zeit dürften aber dazu beitragen, dass die Inflationsrate vor allem im kommenden Jahr etwas langsamer zurückgeht. Insgesamt

¹ Abgeschlossen am 14.6.2023. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Frühsommer 2023

ist zu erwarten, dass die Verbraucherpreise in diesem Jahr im Durchschnitt um 5,5% steigen. Im kommenden Jahr dürfte die Teuerung dann 2,0% betragen.

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wird voraussichtlich im laufenden Jahr mit gut 50 Mrd. Euro deutlich geringer als im Vorjahr (106 Mrd. Euro) ausfallen. Die Staatseinnahmen legen nur moderat zu, wofür die schwache Entwicklung der Steuereinnahmen maßgeblich ist. Die Staatsausgaben dürften nur schwach zulegen, weil Sondereffekte, etwa die „Inflationsprämien“ oder die Übernahme von Gasimporteuren, entfallen. Gleichzeitig erleben die Subventionen aufgrund der „Gas- und Strompreisbremsen“ ebenso wie die geleisteten Zinszahlungen einen kräftigen Aufwuchs. Im kommenden Jahr geht das gesamtstaatliche Defizit voraussichtlich auf knapp 18 Mrd. Euro zurück.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2021 bis 2024

	2021	2022	2023 ^P	2024 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	2,6	1,8	-0,3	2,0
Erwerbstätige ² , in 1000	44 980	45 572	45 930	45 944
Arbeitslose ³ , in 1000	2 613	2 418	2 564	2 508
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,7	5,3	5,6	5,4
Verbraucherpreise, Veränderung in %	3,1	6,9	5,5	2,0
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	0,7	3,3	6,8	2,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-134,3	-106,0	-50,5	-17,9
in % des BIP	-3,7	-2,7	-1,2	-0,4
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	278,7	162,3	260,1	293,0
in % des BIP	7,7	4,2	6,4	6,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Summary: Overall economic demand in Germany remains weak. In the first quarter, GDP decreased by 0.3% compared with the previous quarter. This was mainly due to a sharp decline in consumption. With inflation remaining high at the start of the year and real incomes falling as a result, households are cutting back on consumption. In addition, government consumption also fell sharply by -4.9% compared with the previous quarter. The main reason for this appears to be the expiry of the Corona measures. No fundamental revival of the overall economy is expected in the current second quarter. However, a number of indicators suggest that GDP will not decline further.

The economy is likely to pick up somewhat in the second half of the year. An important prerequisite for this is that inflation continues to weaken significantly and private households gradually abandon their reluctance to spend. On average, GDP is expected to decline by 0.3% this year. A stronger recovery, especially in private consumption, is not expected until real incomes rise. In 2024, GDP will probably expand by 2.0%.

Employment growth continued at the beginning of 2023. The increase in the workforce was particularly pronounced in the first quarter of 2023, with a seasonally adjusted increase by 150 thousand people. However, the IAB labor market barometer and also the number of registered jobs point to a slowdown. The weak economy has also resulted in an increase in registered unemployment, which is expected to be strongest in the second quarter. The unemployment rate is expected to rise to 5.6% and fall again to 5.3% by the end of the forecast period.

Consumer price inflation has slowed since the beginning of the year. It is worth noting that the core rate of inflation also decreased significantly in May. However, the significantly higher wage settlements of late are likely to contribute to a somewhat slower decline in the inflation rate, especially in the coming year. Overall, consumer prices are expected to rise by an average of 5.5% this year. Next year inflation is then expected to be 2.0%.

At just over EUR 50 billion, the general government budget deficit in the current year is expected to be significantly lower than last year (EUR 106 billion). Government revenues will increase only moderately, mainly due to the weak development of tax revenues. Government spending is expected to increase only slightly due to the absence of special effects such as the "inflation premiums" and the takeover of gas importers. At the same time, subsidies due to the "gas and electricity price brakes" are experiencing a strong increase, as are interest payments made. In the coming year, the general government deficit will fall to just under EUR 18 billion.

Frühsummer 2023

Key forecast Data 2021 to 2024

	2021	2022	2023 ^f	2024 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	2.6	1.8	-0.3	2.0
Employed persons ² , in 1000	44 980	45 572	45 930	45 944
Unemployed ³ , in 1000	2 613	2 418	2 564	2 508
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.7	5.3	5.6	5.4
Consumer prices, change in percent	3.1	6.9	5.5	2.0
Labor unit costs ⁵ , change in percent	0.7	3.3	6.8	2.8
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-134.3	-106.0	-50.5	-17.9
in percent of GDP	-3.7	-2.7	-1.2	-0.4
Current account balance ⁷				
in EUR bn	278.7	162.3	260.1	293.0
in percent of GDP	7.7	4.2	6.4	6.9

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Konjunktur in Deutschland weiterhin schwach

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland ist weiterhin schwach. Im ersten Quartal ging das BIP um 0,3% gegenüber dem Vorquartal zurück. Dies ist vor allem auf einen kräftigen Rückgang des Konsums zurückzuführen. Der private Konsum ging mit -1,2% erneut deutlich zurück. Angesichts der weiterhin hohen Inflation zu Jahresbeginn und der damit verbundenen sinkenden Realeinkommen schränken die Haushalte ihren Verbrauch ein. Zudem ging auch der staatliche Konsum mit -4,9% gegenüber dem Vorquartal kräftig zurück. Der Grund hierfür scheinen vor allem auslaufende Corona-Maßnahmen zu sein, so dass es sich hier wohl um einen Einmaleffekt handelt. Die konjunkturelle Grunddynamik dürfte damit etwas stärker sein als die BIP-Rate nahelegt.

So wurden die Investitionen deutlich ausgeweitet. Bei den Bauinvestitionen handelt es sich dabei allerdings wohl um einen Sondereffekt, der zu einem bedeutenden Teil auf die günstige Witterung zu Jahresbeginn zurückzuführen sein dürfte. Von diesem Saisoneffekt abgesehen, deuten die Indikatoren wie z.B. die Baugenehmigungen zumindest für den Neubau auf einen weiteren deutlichen Rückgang der Bauinvestitionen hin. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden im ersten Quartal stark ausgeweitet. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten inzwischen deutlich reduziert werden konnten, so dass sich die Produktionsprozesse allmählich normalisieren. Dadurch dürfte sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wieder erhöhen. Der robuste Außenhandel dürfte hierzu ebenfalls einen Beitrag geleistet haben. Dazu passt, dass die Wertschöpfung, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal deutlich gesteigert wurde. Dieser deutliche Unterschied zur BIP-Entwicklung geht auf einen ungewöhnlich kräftigen Rückgang der Gütersteuern zurück. Insgesamt entspricht dieser Verlauf nicht dem Muster einer typischen Rezession (Kasten 1).

Für das laufende zweite Quartal ist keine grundlegende Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten. Allerdings sprechen eine Reihe von Indikatoren dafür, dass das BIP gegenüber dem Vorquartal nicht weiter zurückgeht. So dürften die Exporte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützen. Darauf deuten die Außenhandelszahlen sowie der Containerumschlag im April hin. Die deutlich gestiegenen Einzelhandelsumsätze sprechen dafür, dass sich der Rückgang des privaten Konsums nicht fortsetzt. In diesem Zusammenhang dürfte auch die sich abschwächende Inflation den privaten Konsum stützen. Zudem dürften die im ersten Quartal wirksamen Sonderfaktoren wegfallen. Das bedeutet zum einen, dass sich der Rückgang des Staatskonsums nicht fortsetzt. Zum anderen ist nun allerdings wieder mit einem Rückgang der Bauinvestitionen zu rechnen. Für eine insgesamt schwache Entwicklung sprechen auch die Stimmungsindikatoren. Die ifo-Beurteilung der

Frühsommer 2023

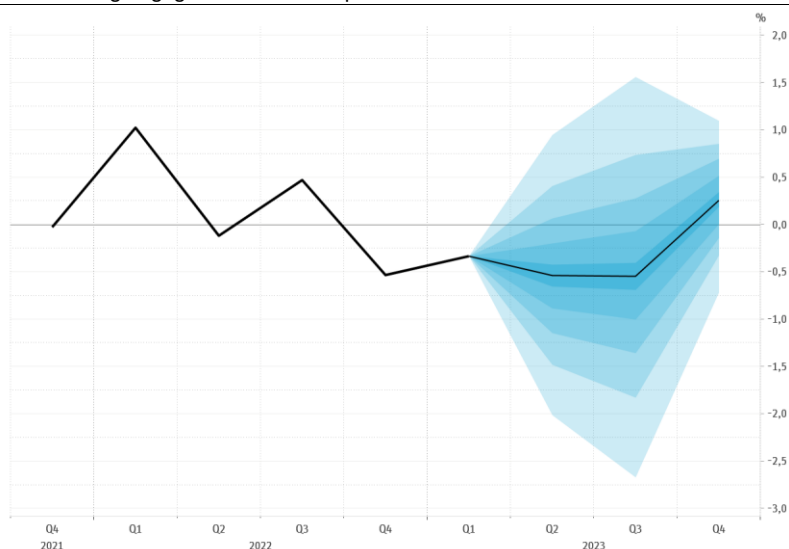
Geschäftslage stieg zwar bis März, hat sich danach aber wieder etwas verschlechtert. Die Erwartungskomponente stieg sogar bis April und hat sich erst im Mai deutlich verschlechtert.

Unser modellbasierter Nowcast ergibt einen Rückgang des BIP im zweiten Quartal 2023 um 0,5% (Schaubild 1). Anscheinend reichen die jüngsten positiven Indikatoren, wie die Industrieproduktion, nicht aus, um die negative Dynamik des Modells auszugleichen. In unserer Prognose weichen wir daher von diesem Wert ab, da wir eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der Indikatoren erwarten.

Schaubild 1

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

Kasten 1

Ist die deutsche Wirtschaft in einer Rezession?

Der Rückgang des BIP im ersten Quartal 2023 hat erneut die Frage aufkommen lassen, ob die deutsche Wirtschaft in eine Rezession geraten ist. Als Rezession wird ein deutlicher Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität bezeichnet. Kennzeichnend dabei ist, dass dieser Rückgang breit angelegt ist und nicht nur in einzelnen Bereichen der Wirtschaft stattfindet. Dieser Definition folgend werden Rezessionen häufig anhand von mehreren Zeitreihen datiert, die unterschiedliche Bereiche der Wirtschaftsaktivität abbilden. In der Regel erfolgt die Datierung von Rezessionen anhand von Niveauvariablen.

In der aktuellen Situation fällt zunächst auf, dass im ersten Quartal zwar das BIP um 0,3% zurückgegangen, die Bruttowertschöpfung dagegen um 0,9% gegenüber dem Vorquartal gestiegen ist. Da sich BIP und BWS nur durch die Nettogütersteuern, also Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen, unterscheiden, sind ihre Änderungsraten in der Regel ähnlich. So große Unterschiede wie im ersten Quartal sind sehr selten. Der BIP-Rückgang könnte daher die konjunkturelle Dynamik etwas unterzeichnen.

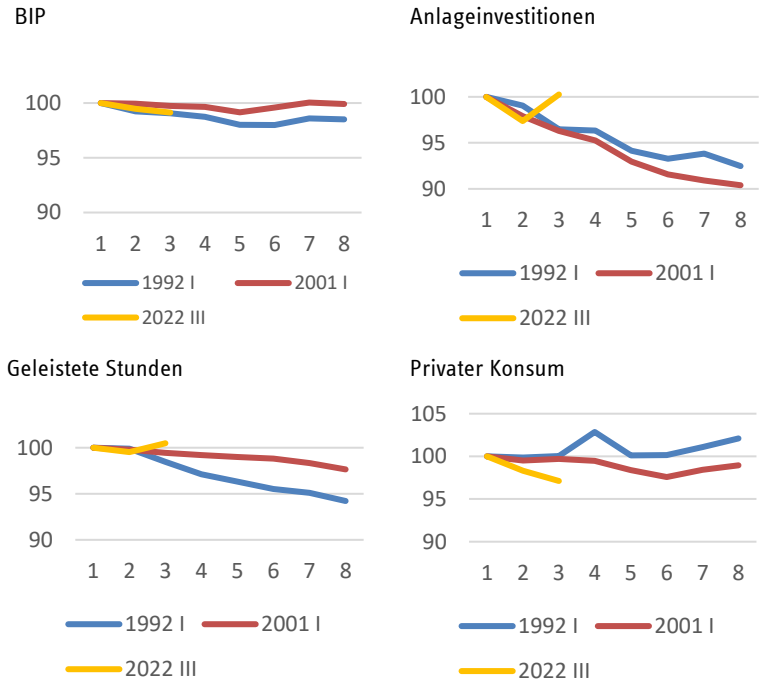
Maßgeblich für den realen - d.h., den um Rechtsänderungen bereinigten - Rückgang der Nettogütersteuern dürften schwache Entwicklungen der Steuern des Umsatzes sowie der Grunderwerbsteuer sein. Hierauf deutet der Vorjahresvergleich der unbereinigten Werte dieser Steuern hin - reale, saisonbereinigte Werte werden nicht ausgewiesen. Im Vorjahresvergleich und mittels des BIP-Deflators preisbereinigt beträgt der Rückgang dieser beiden Steuern im ersten Quartal 2023 8,3 Mrd. Euro. Allerdings waren die Steuern vom Umsatz im ersten Quartal 2022 wohl durch verzögerte Zahlungen erhöht. Gleichzeitig mindern im laufenden Jahr Rechtsänderungen die Umsatzsteuereinnahmen.

Um die jüngste Wirtschaftsentwicklung einer konjunkturellen Phase zuzuordnen, wird sie mit früheren Rezessionsphasen verglichen. Da der derzeitige Rückgang des BIP vergleichsweise gering ist, werden zum Vergleich die relativ milden Rezessionen zu Beginn der 1990er Jahre und der 2000er Jahre herangezogen. Dabei werden die Zeitreihen des BIP, der Anlageinvestitionen, der geleisteten Arbeitsstunden sowie des privaten Konsums herangezogen. Die Datierung der früheren Zyklen entspricht derjenigen des Sachverständigenrates, der eine Klassifikation der deutschen Konjunkturzyklen bis zur Corona-Krise vorgenommen hat (Breuer et al., 2022). Die Zeitreihen werden zu Beginn des jeweiligen Zyklus auf 100 normiert. Zusätzlich werden die folgenden acht Quartale für den Vergleich verwendet. Dieser Vorgehensweise folgend, beginnt die aktuelle Phase im dritten Quartal 2022, als alle betrachteten Zeitreihen einen lokalen Hochpunkt erreicht haben (Schaubild).

Frühsommer 2023

Ausgewählte makroökonomische Variablen in Rezessionsphasen

Hochpunkt = 100



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Klassifikation der Zyklen nach Breuer et al. (2022).

Der aktuelle Rückgang des BIP ist vergleichbar mit der Rezession, die im Zuge des Golfkriegs im Jahr 1991 begann. Wie das Schaubild zeigt, dauert die Schwächephase deutlich länger als zwei Quartale, sodass eine verlässliche Klassifikation derzeit noch nicht möglich ist. Ohnehin kann es im Zeitablauf zu Datenrevisionen kommen, die das konjunkturelle Bild verändern. Bemerkenswert ist, dass die Anlageinvestitionen und die geleisteten Arbeitsstunden, die recht verlässliche Indikatoren für die Konjunkturklassifikation sind, derzeit noch keine Rezessionssignale geben. Dagegen ist der Rückgang des privaten Konsums diesmal deutlich ausgeprägter als in den beiden früheren Rezessionen.

2. Verhaltene konjunkturelle Erholung

Nach der sich für das Frühjahr abzeichnenden Stabilisierung der Wirtschaftsaktivität dürfte sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte etwas beleben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass sich die Inflation weiter deutlich abschwächt und die privaten Haushalte ihre Konsumzurückhaltung nach und nach aufgeben. Angesichts der derzeit niedrigen Großhandelspreise dürften auch die Unternehmen von den hohen Energiekosten entlastet werden. Für dieses Jahr gehen wir von einem Gaspreis von 40 Euro je MWh aus, im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte er bei 45 Euro je MWh liegen. Damit liegen die Preise aber weiterhin deutlich über dem Niveau von vor der Krise und die Unternehmen dürften sich wohl langfristig auf höhere Energiekosten einstellen müssen. Auch dies trägt dazu bei, dass die Erholung vom Energiepreisschock schwach ausfällt. Für die Stufe der Endverbraucher gehen wir weiterhin davon aus, dass die Gas- und Strompreisbremse bis zum Ende des Jahres bestehen bleibt. Da nach unserer Einschätzung die Obergrenzen zum Jahresende beim überwiegenden Teil der Verträge unterschritten werden, dürfte die Maßnahme im kommenden Jahr auslaufen.

Darüber hinaus werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Nach dem Rückgang im Winterhalbjahr dürfte sich der Welthandel ab dem Frühjahr wieder erholen. Nach einer Expansion um 3,2% im Jahr 2022 ist für das laufende Jahr, auch aufgrund der Schwäche zu Jahresbeginn, lediglich ein Zuwachs von 0,3% zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte sich das Expansionstempo mit 3,0% wieder normalisieren.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist im vergangenen Jahr nach einem vorübergehenden Anstieg wieder gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2022 betrug der Ölpreis 99 Dollar je Barrel. Für das laufende Jahr zeigen die Terminnotierungen einen weiteren Rückgang an. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird der Ölpreis demnach bei 78 Dollar je Barrel liegen. Im Jahr 2024 dürfte er dann auf 73 Dollar je Barrel sinken.
- Die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind seit Anfang des Jahres weiter deutlich gefallen. Zusammen mit den Future-Preisen für den weiteren Prognosezeitraum ergibt sich für dieses Jahr ein Jahresdurchschnitt von 40 Euro je MWh und für das kommende Jahr ein Gaspreis von 45 Euro je MWh.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,07 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes stiegen im abgelaufenen Jahr um 2,2%. In den Jahren 2023 und 2024 sind mit 4,8% und 4,6% deutlich höhere Zuwächse zu erwarten.

Frühsommer 2023

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im vergangenen Jahr begonnen, die Leitzinsen anzuheben. Der Hauptrefinanzierungssatz stieg dabei bis zum Jahresende von null auf 2,5%. Nach dem Zinsschritt im Mai von 0,25 Prozentpunkten erwarten wir, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz bis zum Sommer auf 4,0% anhebt. Geht die Inflation wie erwartet deutlich zurück, könnte gegen Ende des Prognosezeitraums eine erste Zinssenkung erfolgen.
- Die Finanzpolitik ist im gesamten Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Im laufenden Jahr geht das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit merklich zurück und der restriktive Impuls beträgt 2,1% in Relation zum BIP. Im kommenden Jahr beträgt der restriktive Impuls 0,4% des BIP.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Erholung des BIP erst im zweiten Halbjahr etwas an Fahrt gewinnen. Die weiterhin noch hohe Inflation sowie die gestiegenen Zinsen belasten vor allem die Binnennachfrage. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP in diesem Jahr um 0,3% zurückgehen (Schaubild 2). Erst im Zuge steigender Realeinkommen ist eine stärkere Erholung insbesondere des privaten Konsums zu erwarten. Dies dürfte dazu beitragen, dass das BIP im kommenden Jahr 2,0% voraussichtlich recht deutlich ausgeweitet wird (Tabelle 2).

Tabelle 2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2021 bis 2024; in %

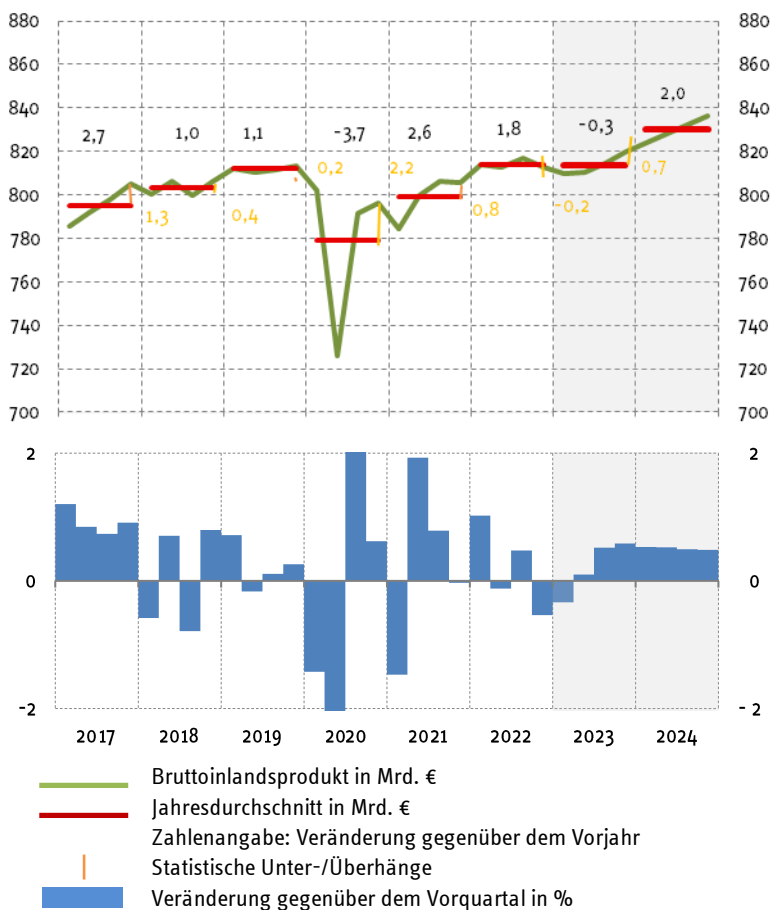
	2021	2022	2023 ^p	2024 ^p
Statistischer Überhang ¹	2,2	0,8	-0,2	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,2	0,8	0,8	2,1
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,9	-0,1	2,0
Kalendereffekt ³	0,0	-0,1	-0,2	0,0
Durchschnittliche Veränderung	2,6	1,8	-0,3	2,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2017 bis 2024; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem zweiten Quartal 2023 eigene Prognose.

2.1 Außenhandel erholt sich langsam

Die nachlassende internationale Nachfrage und die schwache Binnenkonjunktur haben den Warenhandel im ersten Quartal belastet: So fielen die Wareneinfuhren um 0,4% und die Wareneinfuhren um 2,6%. Die Dienstleistungen hingegen expandierten mit Raten von 3,7% bei den Exporten und 5% bei den Importen deutlich.

Für das zweite Quartal wird erwartet, dass die Wareneinfuhren mit einer Rate von 0,1% in etwa stagnieren und die Wareneinfuhren um 1,9% zurückgehen werden. Neben sich eintrübenden Erwartungen deutet darauf auch der Spezialhandel hin. Im Dienstleistungshandel dürfte sich der aktuelle positive Trend mit kräftigen Raten fortsetzen. Für den weiteren Prognosezeitraum ist zu erwarten, dass es im Einklang mit der verbesserten Weltkonjunktur zu einer Erholung im Außenhandel kommt.

Zusammengenommen dürften die Exporte daher in diesem Jahr um 0,7% und im nächsten Jahr um 3,2% zunehmen (Tabelle 3). Die Importe dürften in 2023 um 1,7% zurückgehen und im kommenden Jahr um 2,5% steigen.

Die negative Preisdynamik hat sich im ersten Quartal fortgesetzt: So fielen die Exportpreise um 1,4% und die Importpreise um 1,9%. Auch im zweiten Quartal wird erwartet, dass die Importpreise weiterhin und stärker als die Exportpreise fallen dürften. Daher ergibt sich eine weitere Verbesserung der Terms of Trade im Prognosezeitraum.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Tabelle 3

RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2023

2021 bis 2024, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023 ^p	2024 ^p	Änderung zum März		
					2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,6	1,8	-0,3	2,0	0,0	-0,5	0,1
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	1,4	3,7	-2,1	2,4	0,4	-1,9	0,5
Private Haushalte ²	0,4	4,9	-1,2	2,3	0,5	-0,9	-0,2
Staat	3,8	1,2	-4,2	2,5	0,0	-4,4	2,1
Anlageinvestitionen	1,2	0,4	0,1	0,5	0,0	1,6	-1,3
Bauten	0,0	-1,8	-2,5	-1,4	-0,1	1,8	-2,4
Ausrüstungen	3,5	3,3	3,6	2,7	0,0	2,7	-0,1
Sonstige Anlagen	1,0	2,1	2,3	2,9	0,0	-1,0	-0,3
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,5	0,4	0,1	-0,3	-0,1	-0,4	-0,2
Inländische Verwendung	1,9	3,3	-1,5	1,6	0,2	-1,5	-0,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,8	-1,3	1,2	0,4	-0,1	1,0	0,2
Ausfuhr	9,7	3,4	0,7	3,3	0,5	-0,3	-0,3
Einfuhr	9,0	6,9	-1,7	2,5	0,9	-2,4	-0,9
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 980	45 572	45 930	45 944	2	67	87
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 613	2 418	2 564	2 508	0	59	95
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,7	5,3	5,6	5,4	0,0	0,1	0,2
Verbraucherpreise ⁶	3,1	6,9	5,5	2,0	0,0	0,0	-0,2
Lohnstückkosten ⁷	0,6	3,2	6,9	3,0	-0,5	1,2	-0,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-134,3	-106,0	-50,5	-17,9	-4,7	19,5	39,7
in % des nominalen BIP	-3,7	-2,7	-1,2	-0,4	-0,1	0,5	0,9
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	278,7	162,3	260,1	293,0	17,2	15,7	15,3
in % des nominalen BIP	7,7	4,2	6,4	6,9	0,4	0,5	0,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ¹⁰In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. - ^pPrognose.

2.2 Investitionsnachfrage schwächt sich ab

Im ersten Quartal 2023 wurden die Ausrüstungsinvestitionen recht deutlich ausgeweitet. Dabei dürften die nachlassenden Lieferkettenprobleme eine wichtige Rolle gespielt haben. So stiegen die gewerblichen Kfz-Zulassungen im Vorquartalsvergleich stark an. Anscheinend können die Hersteller nun Aufträge abarbeiten, die zuvor aufgrund von fehlenden Vorprodukten aufgeschoben werden mussten.

Allerdings klagen laut der jüngsten ifo-Umfrage aktuell immer noch mehr als die Hälfte der Investitionsgüterhersteller über Materialknappheiten. Der hier zu erwartende Rückgang dürfte die Investitionsgüterproduktion auch im weiteren Jahresverlauf stützen. Allerdings ist zu erwarten, dass die Dynamik auch aufgrund der verschlechterten Finanzierungsbedingungen zurückgeht. Dafür sprechen die seit über einem Jahr in der Tendenz rückläufigen Auftragseingänge, die allerdings derzeit immer noch recht hoch sind. Die gewerblichen Kfz-Zulassungen stagnierten im April im Vergleich zum Vormonat und waren leicht negativ im Vergleich zum ersten Quartal. Die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller bleibt im zweiten Quartal zwar hoch, jedoch verzeichnet die Industrie insgesamt einen leichten Rückgang. Auch die ifo-Geschäftsumfragen deuten auf eine schwächere Ausweitung der Investitionen hin. Die Geschäftserwartungen zeigen zwar eine aufwärtsgerichtete Tendenz, sind aber immer noch im Saldo negativ. Zudem verbessert sich die Geschäftslage leicht. Insgesamt ist mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 3,6% zu rechnen.

Im kommenden Jahr dürften die schlechteren Finanzierungsbedingungen die Ausrüstungsinvestitionen weiter dämpfen. Dem gegenüber stehen hohe Investitionsbedarfe in nachhaltigere Industrieanlagen und Waffen. Alles in allem dürfte das Wachstum im nächsten Jahr bei 2,7% liegen.

Die Bauinvestitionen wurden in Deutschland im ersten Quartal dieses Jahres deutlich ausgeweitet (3,9%), am stärksten der öffentliche Nichtwohnungsbau (4,5%). Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das milde Wetter zum Jahresbeginn und abklingende Materialknappheiten. Gleichzeitig stiegen die Baupreise wie im Vorquartal weiter stark.

Für das laufende, zweite Quartal dürfte von zurückgehenden Materialengpässen am Bau kein positiver Impuls mehr ausgehen, da diese laut der jüngsten ifo-Umfrage nahezu vollständig abgeklungen sind. Gleichzeitig sind die Baubeeinträchtigungen durch andere Faktoren, allem voran den Fachkräftemangel, weiter auf einem hohen Niveau, was die Baukonjunktur angebotsseitig dämpft. Außerdem hat sich der ifo-Aktivitätsindikator zum Vorquartal, ebenso wie die Geschäftslage am Bau, stark verschlechtert. Einzig die Geschäftserwartungen stiegen im zweiten Quartal. Dieses Bild

ist über alle Sparten hinweg ähnlich, wobei das Niveau des ifo-Geschäftsklimas im Wirtschaftsbaubereich noch am besten ist. Besser lief im April die Bauproduktion, die im Baugewerbe insgesamt zum Vorquartalsdurchschnitt leicht ausgeweitet wurde, wohingegen sie im Bauhauptgewerbe leicht zurück ging. Für den Wohnungsbau im speziellen kommt hinzu, dass sich, obwohl sich die Neuvergabe an Wohnungsbaukrediten auch im April auf einem historisch niedrigen Niveau befand, der Ausbau von Bestandsimmobilien weiter ausgeweitet wird (Produktion im Ausbaugewerbe 1,7% im April zum Vorquartalsdurchschnitt). Hierzu dürften auch die neuen Förderprogramme von KfW und des Bundes beitragen.²

Allerdings sind die Baugenehmigungen, ebenso wie die Kapazitätsauslastung am aktuellen Rand über alle Sparten hinweg rückläufig. Schlechtere Finanzierungsbedingungen und deutlich gesunkene Realeinkommen dürften dazu führen, dass die Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte 2023 weiter sinken. Für das kommende Jahr ist zu erwarten, dass sie wieder moderat ausgeweitet werden. Das Tempo der Erholung dürfte allerdings für eine positive Jahreswachstumsrate nicht ausreichen.

2.3 Kräftiger Rückgang des realen Konsums im Winterhalbjahr

Im Winterhalbjahr kam es zu einem deutlichen Rückgang des realen privaten Konsums. Der maßgebliche Treiber dürfte hierbei der massive Preisanstieg, vor allem bei der Energie, gewesen sein. Bis zum Frühjahr stieg der Verbraucherpreisindex im historischen Vergleich besonders stark und der Preisanstieg schwächt sich seitdem nur allmählich ab. Dadurch gingen die Realeinkommen der privaten Haushalte spürbar zurück, so dass diese sich bei Anschaffungen zurückhielten. Zwar zogen im gleichen Zeitraum auch die Lohneinkommen spürbar an. Dies reichte aber nicht aus, um den Kaufkraftverlust auszugleichen. Zudem lag die Sparquote weiterhin über dem langfristigen Mittelwert und auch die überschüssigen Ersparnisse aus der Corona-Krise werden im Aggregat noch nicht ausgegeben.

Neben den vorhandenen Ersparnissen und der abflachenden Inflation sprechen auch kontinuierliche Verbesserungen des GfK-Konsumklimaindex für einen realen Anstieg der privaten Konsumausgaben im weiteren Jahresverlauf. Vor dem jüngsten Einbruch lag der reale Konsum schon wieder fast auf dem vor Ausbruch der Corona-Pandemie erreichten Niveau. Durch die schwache Konjunktur und die Wohlstandsverluste aus den vergangenen und aktuellen Krisen dürfte dieses Niveau allerdings erst Ende 2024 wieder überschritten werden.

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/foerderung-sanierung-moder-nisierung-kfw-bafa-101.html>

Frühsommer 2023

Der schwache Jahresbeginn und der Unterhang aus dem Vorjahr schlagen bei den Jahresraten durch und sorgen für eine Verringerung des realen privaten Konsums um 1,1% im Jahr 2023, gefolgt von einem merklichen Anstieg um 2,3% im Jahr 2024.

2.4 Sondereffekte beim Staatskonsum laufen aus

Der Staatskonsum ist im ersten Quartal 2023 eingebrochen. Bedeutend dazu beigetragen haben ein Rückgang der Vorleistungen im Gesundheitswesen (etwa Zahlungen an Krankenhäuser sowie die Bereitstellung von Impfzentren), welche seit dem Jahr 2020 deutlich erhöht waren. Auch die sozialen Sachleistungen nahmen merklich ab, was auf das Auslaufen des Anspruchs auf kostenlose Corona-Tests im Februar 2023 sowie deutlich geringere Ausgaben für Corona-Impfungen zurückzuführen ist. Im restlichen Prognosezeitraum dürfte der Staatskonsum frei von Sondereffekten kontinuierlich zunehmen.

3. Keine Rezession in der Industrie

Im ersten Quartal 2023 expandierte die Bruttowertschöpfung um 0,9%. Vor allem im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe wurde die Wertschöpfung deutlich ausgeweitet, während sich die wirtschaftliche Aktivität in den Dienstleistungsbereichen schwächer entwickelte (Tabelle 4).

Im Baugewerbe gibt es mehrere Gründe für den auffallend hohen Zuwachs im ersten Quartal. Zunächst bildet das vierte Quartal aufgrund der außerordentlich schwachen Produktion im Dezember 2022 eine niedrige Ausgangsbasis. Darüber hinaus begünstigten die milde Witterung und der Rückgang der Materialengpässe die Bauproduktion zu Beginn des Jahres. Da dieser Sondereffekt im zweiten Quartal wegfällt, erwarten wir einen leichten Rückgang der Bruttowertschöpfung. Auch in den Folgeperioden dürfte die Wertschöpfung aufgrund der verschlechterten Finanzierungsbedingungen und des Fachkräftemangels schwach bleiben.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Ausweitung der Produktion im zweiten Quartal 2023 auf eine positive Entwicklung der Wertschöpfung im Metallgewerbe, beim Fahrzeugbau und im Elektroniksektor zurückzuführen, die den Rückgang in der chemischen und pharmazeutischen Produktion deutlich überwiegt. Ermöglicht wurde dies vor allem durch die nachlassenden Lieferkettenprobleme. Allerdings deuten die aktuellen Auftragseingänge darauf hin, dass sich dies in den kommenden Monaten nicht fortsetzen wird. Nach einem Anstieg um 4,5% im Februar gegenüber dem Vormonat gingen die Auftragseingänge im März deutlich zurück (-10,9%) und konnten sich im April nicht erholen (-0,4%). Besonders stark war der Rückgang im Maschinenbau und bei der Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse. Ein Hauptgrund für

diese Entwicklung liegt in der rückläufigen Nachfrage aus dem Ausland, insbesondere aus Europa. Entsprechend trüben sich die Erwartungen vieler Unternehmen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe für die kommenden 6 Monate deutlich ein.

Gleichwohl liegt die Auftragsreichweite weiterhin etwa 30% oberhalb des vor der Corona-Pandemie üblichen Werts. Dies dürfte einen Rückgang der Produktion im zweiten Quartal verhindern. Darauf deutet auch die aktuelle Entwicklung des LKW-Mautindexes hin. Der Einbruch des Neugeschäfts wird sich jedoch ab dem dritten Quartal bemerkbar machen. Im weiteren Verlauf des Jahres sollte jedoch die erwartete Erholung im europäischen Ausland positiv auf die Auftragslage wirken und die Nachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes erhöhen. Für das kommende Jahr ist dann mit einer weiteren Ausweitung der Wertschöpfung zu rechnen. Wachstumsimpulse sind dann insbesondere aus den energieintensiven Branchen zu erwarten, die sich weiterhin deutlich unterhalb ihres Vorkrisenniveaus befinden.

Die wirtschaftliche Aktivität der konsumnahen Dienstleister hat im ersten Quartal aufgrund der verringerten verfügbaren Einkommen nur langsam zugenommen. Aktuelle Indikatoren wie etwa die Einzelhandelsumsätze, die im April nur einen leichten Zuwachs vermelden konnten, sprechen dafür, dass sich diese Entwicklung im zweiten Quartal fortsetzen wird. Sollte die Inflationsrate im Laufe des Jahres jedoch weiter zurückgehen und sich die Lohneinkommen wie erwartet entwickeln, wird der ausgeweitete private Konsum sich positiv auf die Entwicklung in den konsumnahen Dienstleistern ausweiten. Die Wertschöpfung der Unternehmensnahen Dienstleister wird sich aufgrund der Impulse aus dem Verarbeitenden Gewerbe gegen Ende des Jahres ebenfalls weiter ausweiten. Die öffentlichen Dienstleister folgen nach dem Wegfall Corona-spezifischer Mehraufwendungen ihrem langfristigen Wachstumspfad.

Frühsommer 2023

Tabelle 4³

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,1	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	1,3	-0,6	1,4	-1,1	0,9	0,1	0,2	0,4
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-0,4	0,0	0,4	-0,9	1,7	0,0	-0,2	0,8
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,3	-0,1	0,8	-0,3	2,0	0,0	-0,3	0,9
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,6	0,3	-2,5	-4,7	0,3	0,3	0,6	0,5
Baugewerbe (F)	1,3	-2,6	-1,8	-2,8	6,1	-0,1	-1,0	-0,5
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	2,0	-1,7	2,9	-2,6	0,1	0,0	0,7	0,5
Information und								
Kommunikation (J)	1,5	0,2	1,3	0,6	0,6	-0,1	0,5	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	1,5	0,3	1,2	-0,3	-1,7	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,9	0,1	-0,3	0,0	1,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	1,7	0,5	-0,1	0,0	-0,4	0,1	0,0	0,7
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,4	-1,4	3,1	-0,3	0,3	0,4	0,4	0,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	6,4	0,3	7,0	-6,6	1,2	0,5	3,0	0,7

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

4. Umschwung am Arbeitsmarkt

Der zuletzt starke Beschäftigungszuwachs setzte sich auch am Jahresbeginn 2023 fort. Besonders ausgeprägt war der Anstieg der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2023 mit saisonbereinigt 150 Tsd. Personen nach fast 120 Tsd. im Schlussquartal 2022. Der aktuelle Monatswert liegt mit 18 Tsd. im April wieder deutlich niedriger und auch die jüngsten Arbeitsmarktindikatoren deuten auf einen Umschwung hin. Im Mai verschlechterten sich das IAB-Arbeitsmarktbarometer, BA-X sowie das ifo-Beschäftigungsbarometer und auch die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen ging zurück.

Die positive Entwicklung bei der Erwerbstätigkeit wurde in den vergangenen Monaten vor allem durch Zuwanderung getrieben. Dabei verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die größten Zuwächse. Nach der deutlichen Erhöhung des Mindestlohns und der gleichzeitigen Erhöhung der Minijob-Grenze im vergangenen Oktober erhielt kurzfristig auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten einen positiven Impuls, die bereits im März wieder sank. Der Rückgang

³ Eine detaillierte Darstellung der Bruttowertschöpfung findet sich im Anhang in den Tabelle A1 und A2.

dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen genau wie die Verringerung der Zahl der Selbstständigen.

Die schwache Konjunktur hat einen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit zur Folge, der voraussichtlich im zweiten Quartal am stärksten sein wird (Zahlen bis einschließlich Mai sind verfügbar). Mit Ausnahme des Sondereffekts durch die Berücksichtigung der Geflüchteten in dritten Quartal 2022 wäre das der größte Anstieg seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit nach Ausbruch der Corona-Pandemie. Die Arbeitslosenquote dürfte dann auf 5,6% steigen und zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf 5,4% sinken (Tabelle 5). Anders als während der akuten Phase der Corona-Krise stieg die Kurzarbeit in der Energiekrise aber nur moderat – mit weit über 100 Tsd. Menschen in Kurzarbeit seit Oktober 2022 liegt sie trotzdem deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre vor der Pandemie und erweist sich damit weiter als bewährtes Mittel zur Abfederung von Rezessionen.

Das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen stieg im ersten Quartal trotz der erhöhten Inanspruchnahme der Kurzarbeit, da der extrem hohe Krankenstand aus dem Vorquartal wieder rückläufig war. Bei der gleichzeitig schwachen Konjunktur sorgte dies für eine stark sinkende Stundenproduktivität, die allerdings im Prognosezeitraum wieder spürbar zunehmen dürfte.

Frühsommer 2023

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

2018 bis 2024; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023 ^P	2024 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61 945	62 127	59 249	60 281	61 078	61 330	61 778
Erwerbstätige Inland	44 866	45 277	44 915	44 980	45 572	45 930	45 944
Erwerbstätige Inländer	44 727	45 133	44 821	44 866	45 433	45 791	45 804
Selbständige	4 225	4 160	4 056	3 958	3 908	3 879	3 840
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	24	23	21	20	18	17	17
Arbeitnehmer (Inland)	40 641	41 117	40 859	41 022	41 664	42 052	42 104
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32 964	33 518	33 579	33 897	34 508	34 795	34 869
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 671	4 579	4 290	4 101	4 125	4 194	4 157
Unterbeschäftigte (ohne Kurz- arbeiter)	3 261	3 172	3 488	3 368	3 185	3 423	3 346
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 340	2 267	2 695	2 613	2 418	2 564	2 508
Aktivierung und berufliche Eingliederung	191	210	173	173	161	163	164
Berufliche Weiterbildung	166	181	181	178	171	182	187
„Ein-Euro-Jobs“	94	98	100	97	92	84	77
Gründungszuschuss	21	20	18	17	16	16	17
Kurzarbeiter	118	145	2 939	1 852	406	73	145
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	3 306	3 220	4 705	4 254	3 340	3 446	3 390
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,2	5,0	5,9	5,7	6,7	5,6	5,4
Erwerbslosenquote ⁴	3,0	2,8	3,3	3,3	2,9	2,8	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

5. Kräftige Lohnanstiege machen Hoffnung auf steigende Realeinkommen

Zum Jahresbeginn haben die Nominallöhne stark angezogen. Bei einer deutlich positiven Lohndrift über den Winter sind insbesondere die Effektivverdienste kräftig gestiegen. Bei den Tarifverdiensten sind im weiteren Verlauf große Steigerungen angelegt, da unter anderem in gewichtigen Bereichen wie im öffentlichen Dienst neue Tarifabschlüsse recht hohe Raten und vor allem umfangreiche Einmalzahlungen im Rahmen der Inflationsausgleichsprämie beinhalten. Die Auszahlung dieser Prämie kann noch bis Ende 2024 gestreckt werden. Daher sind über den gesamten Prognosezeitraum hohe Lohnzuwächse zu erwarten, während die Inflation allmählich abflaut. Folglich dürften die Reallöhne schon ab der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder steigen.

Auf die Jahre 2023 und 2024 gesehen dürften die Tarifverdienste um 4,8% bzw. 4,6% steigen, die Effektivverdienste gar um 5,9% bzw. 5,0%.

6. Inflationsdruck lässt spürbar nach

Seit Beginn des Jahres hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr von 8,7% auf 6,1% verlangsamt. Dies liegt zum einen daran, dass die Energiepreise durch die Einführung der Strom- und Gaspreiskontrolle seit Jahresbeginn kaum noch zur Teuerung beitragen. Da die Preise für Strom und Gas auch auf den Großhandelsstufen kräftig gesunken sind, geht generell eine Entlastung von Seiten der Energiepreise aus. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Großhandelspreise für Gas nach wie vor über den Werten von vor der Krise liegen, so dass der Spielraum für Preissenkungen insbesondere bei Gütern, die einen hohen Energieanteil aufweisen, begrenzt ist.

Bemerkenswert ist, dass auch die Kernrate der Inflation im Mai deutlich zurückgegangen ist. Dies liegt zum einen an der Einführung des Deutschlandtickets. Aber auch andere Preiskomponenten steigen inzwischen weniger stark. So hat der Kostendruck aufgrund von steigenden Rohstoff- und Vorproduktpreisen ebenfalls nachgelassen.

Die deutlich höheren Lohnabschlüsse der jüngsten Zeit dürften dazu beitragen, dass die Inflationsrate vor allem im kommenden Jahr etwas langsamer zurückgeht. Allerdings reichen die bisher vereinbarten Lohnerhöhungen nach unserer Prognose nicht aus, um die Rückkehr der Inflationsrate in Deutschland auf ein stabilitätsgerechtes Niveau zu verhindern. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Verbraucherpreise in diesem Jahr im Durchschnitt um 5,5% steigen. Im kommenden Jahr dürfte die Teuerung dann 2,0% betragen.

7. Gesamtstaatliche Finanzierungsdefizite gehen zurück

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit dürfte im laufenden Jahr mit gut 50 Mrd. Euro deutlich geringer als im Vorjahr (106 Mrd. Euro) ausfallen. Die Staatseinnahmen legen nur moderat zu, wofür die schwache Entwicklung der Steuereinnahmen maßgeblich ist. Der Anstieg der Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern wird durch Steuersenkungen, insbesondere eine Tarifierpassung, welche die kalte Progression mehr als ausgleicht (vgl. Jessen und Schmidt 2023), gehemmt, während die Gütersteuern vor allem wegen der im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt verhaltenen Entwicklung der Bemessungsgrundlage, aber auch wegen Steuersenkungen, etwa der Umsatzsteuer auf Erdgas, stagnieren. Der Einbruch der Umsatzsteuer ist allerdings insofern überzeichnet, als dass das Vorjahresquartal wegen verzögert geleisteter Zahlungen erhöht war. Einen Einbruch erleben die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer, da die Zahl der Immobilienkäufe zurückgeht. Die Sozialbeiträge expandieren hingegen im Zuge von Beitragserhöhungen kräftig.

Die Staatsausgaben dürften nur schwach zulegen, weil Sondereffekte, etwa die „Inflationsprämien“ für verschiedene Bevölkerungsgruppen (sonstige laufende Transfers) oder die Übernahme von Gasimporteuren (Vermögenstransfers), entfallen. Gleichzeitig erleben die Subventionen aufgrund der „Gas- und Strompreisbremsen“ ebenso wie die geleisteten Zinszahlungen einen kräftigen Aufwuchs.

Im kommenden Jahr geht das gesamtstaatliche Defizit auf knapp 18 Mrd. Euro zurück. Die Einnahmen dürften stärker als im Jahr 2023 zulegen. Die Steuereinnahmen werden wieder etwas stärker steigen, auch weil der Umsatzsteuersatz auf Erdgas wieder angehoben werden dürfte. Gleichzeitig werden die Sozialbeiträge angesichts erneuter Beitragssatzerhöhungen kräftig zulegen. Auch die Staatsausgaben steigen wohl stärker als 2023. Zwar dürften die „Preisbremsen“ auslaufen und die Subventionszahlungen damit stark zurückgehen. Gleichzeitig dürften die Zinsausgaben und – im Zuge von Maßnahmen des Fonds für Energieversorgung und Klimaschutz – die geleisteten Vermögenstransfers kräftig expandieren.

Die Ausrichtung der Finanzpolitik ausweislich der Saldenmethode ergibt sich aus der Veränderung des strukturellen Primärsaldos (Tabelle 6). Demnach ist die Finanzpolitik im gesamten Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte von gut 66% im Jahre 2022 auf etwa 63% zum Ende des Jahres 2024 fallen.

Tabelle 6

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2020	2021	2022	2023 ^P	2024 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-2,7	-1,2	-0,4
-Konjunkturkomponente ¹	-1,5	-0,6	-0,2	-0,8	-0,2
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	-2,9	-3,1	-2,6	-0,5	-0,2
-Einmaleffekte ²	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,9	-3,1	-2,5	-0,5	-0,2
+Zinsausgaben	0,6	0,6	0,7	0,7	0,9
=struktureller Primärsaldo	-2,2	-2,6	-1,8	0,3	0,7

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ² Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken, ^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial,

Kasten 2

Wem hilft die Gas-Soforthilfe?

Im November 2022 wurde das Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz beschlossen, in dem privaten Haushalten und kleinen und mittleren Unternehmen die Abschlagzahlung für Gas und Fernwärme für Dezember erlassen wurde, um die wirtschaftlichen Folgen der stark gestiegenen Energiepreise zu mildern. Dabei stellt sich die Frage, wie zielgerichtet diese Maßnahme ist.

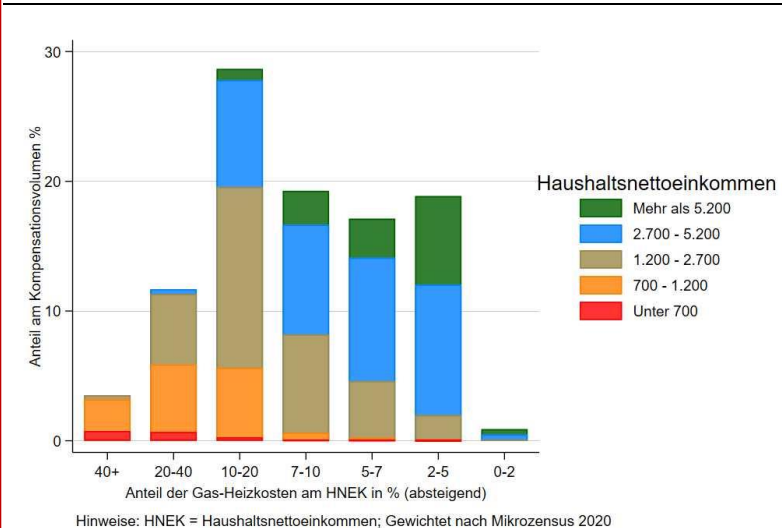
Um die Verteilungswirkungen abzuschätzen, verwenden Kaestner et al. (2023) Daten des Wärme- & Wohnen-Panels, das im Rahmen des Kopernikus-Projektes Ariadne seit 2021 aufgebaut wird (Frondelet et al. 2022). Im Rahmen dieses Panels werden jährlich 15 000 Haushalte zu ihren Wohnungen bzw. Häusern, den Heizsystemen und -kosten, der energetischen Sanierung sowie zu sozioökonomischen Charakteristika befragt. Die Daten für die Analyse stammen aus der Erhebung im Jahr 2021. Die Analyse basiert auf Angaben von 5242 Haushalten, die mit Gas heizen und für die Angaben zu ihren Heizkosten vorliegen. Die Haushaltseinkommen wurden so gewichtet, dass die Einkommensschichten aus der Befragung denen des Mikrozensus 2020 entsprechen. Für die Berechnungen wurde angenommen, dass sich der Gaspreis für alle Haushalte im Jahr 2022 verdoppelt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Haushalte, die einen großen Anteil ihres Einkommens für Heizenergie aufwenden müssen, nur einen geringen Teil der Kompensationszahlungen erhalten (Schaubild). So bekommen Haushalte, die 20% und mehr für Energie zahlen, weniger als 20% der gesamten Leistungen. Gerade in dieser Gruppe befinden sich viele Haushalte mit niedrigen Einkommen (weniger als 1 200 Euro netto

Frühsommer 2023

pro Monat). Bezieht man die Gruppe, die 10 bis 20% ihres Einkommens für Energie ausgibt mit ein, steigt der Anteil an den gesamten Kompensationen auf 40%. In dieser Gruppe ist der Anteil mittlerer Einkommensbezieher (2 700 bis 5 200 Euro pro Monat) bereits recht groß. Haushalte mit Einkommen von mehr als 2 700 Euro pro Monat erhalten etwa 60% der Kompensationen aus der Gas-Soforthilfe. Diese Einkommensgruppen geben aber nur noch einen relativ kleinen Teil ihres Einkommens für Energie aus.

Anteil an den Gesamtenergiekosten nach Heizkostenanteil am Haushaltsnettoeinkommen in den Haushalten



Quelle: Kaestner et al. (2023). HNEK = Haushaltsnettoeinkommen, gewichtet nach Mikrozensus 2020.

8. Risiken

Die Belastungen durch die stark steigenden Preise stellen nach wie vor ein großes Risiko für die weitere konjunkturelle Entwicklung dar. Sollte sich die Schwäche des privaten Konsums fortsetzen oder sogar noch verstärken, dürften auch andere Nachfrageaggregate, wie die Investitionen von der Schwäche erfasst werden. In diesem Fall ist zu erwarten, dass das BIP auch im Sommerhalbjahr weiter zurückgeht.

Ein Grund für eine erneut steigende Inflation könnte sein, dass mit steigender Nachfrage nach Gas auch die Energiepreise wieder anziehen könnten. Darüber hinaus könnte es im kommenden Winter in Europa zu einer Gasmangellage kommen, wenn

bei den Einsparanstrengungen nachgelassen wird und es nicht gelingt, auf den Weltmärkten ausreichend verflüssigtes Erdgas (LNG) zu beschaffen sowie die erneuerbaren Energien schnell genug auszubauen. Dies würde wohl auch die Verbraucherpreise wieder stärker steigen lassen.

Darüber hinaus gehen von den derzeit starken geopolitischen Spannungen Risiken für die Konjunktur aus, da sie die Unsicherheit steigern könnten. Dies würde vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen stärker dämpfen als in der aktuellen Prognose unterstellt.

Literatur

Breuer, S., S. Elstner, F. Kirsch und V. Wieland (2022), Konjunkturzyklen in Deutschland – die Datierung durch den Sachverständigenrat, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 23(3): 200-240.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

Frondel, M., A. Gerster, K. Kaestner, M. Pahle, A. Schwarz, P. Singhal, S. Sommer (2022), Das Wärme- und Wohnen-Panel zur Analyse des Wärmesektors: Ergebnisse der ersten Erhebung aus dem Jahr 2021. Zeitschrift für Energiewirtschaft 46 (3): 175-93. <https://doi.org/10.1007/s12398-022-00328-1>

Jessen, R. und T. Schmidt (2023), Heimliche Änderungen der Steuerbelastung vermeiden. Ifo Schnelldienst 76 (2), 21-23.

Kaestner, K., M. Frondel, A. Gerster, R. Henger, C. Oberst, M. Pahle, A. Schwarz, P. Singhal (2023), Erste Einblicke in das Wärme- & Wohnen-Panel 2022. Ariadne-Analyse. Kopernikus-Projekt Ariadne. Potsdam (forthcoming).

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	-0,3	2,0
Bruttowertschöpfung (A-T)	2,7	1,8	0,7	1,4
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	4,5	-0,1	0,9	1,9
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	5,1	0,2	1,7	1,9
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	1,1	-1,5	-3,8	2,2
Baugewerbe (F)	-1,4	-2,9	0,9	-0,5
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	2,8	4,0	-0,7	1,8
Information und				
Kommunikation (J)	3,6	3,4	2,0	2,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,3	2,2	-1,1	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,9	1,1	1,4	0,8
Unternehmensdienstleister (M-N)	4,4	2,9	-0,2	1,8
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,0	2,4	1,7	1,0
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,6	-6,2	-0,4	0,4

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,5	1,9	0,8	0,0	1,0	-0,1	0,5	-0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,9	1,3	1,5	-0,7	1,3	-0,6	1,4	-1,1
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-1,7	0,4	-0,9	1,1	-0,4	0,0	0,4	-0,9
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,4	0,1	-1,0	1,1	-0,3	-0,1	0,8	-0,3
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-3,7	2,8	-0,1	0,9	-0,6	0,3	-2,5	-4,7
Baugewerbe (F)	-8,1	3,6	-0,9	-1,2	1,3	-2,6	-1,8	-2,8
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	-2,3	1,6	5,8	-0,8	2,0	-1,7	2,9	-2,6
Information und								
Kommunikation (J)	0,7	1,0	0,2	0,9	1,5	0,2	1,3	0,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,2	0,3	0,7	-0,6	1,5	0,3	1,2	-0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,1	0,7	0,2	0,0	0,9	0,1	-0,3	0,0
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,5	4,8	1,0	-1,1	1,7	0,5	-0,1	0,0
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	1,6	0,3	1,2	-1,4	2,4	-1,4	3,1	-0,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,2	1,5	12,7	-9,9	6,4	0,3	7,0	-6,6
	2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0,1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,9	0,1	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	1,7	0,0	-0,2	0,8	0,7	0,7	0,5	0,4
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	2,0	0,0	-0,3	0,9	0,7	0,7	0,5	0,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	0,3	0,3	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe (F)	6,1	-0,1	-1,0	-0,5	0,1	0,2	0,3	0,3
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	0,1	0,0	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Information und								
Kommunikation (J)	0,6	-0,1	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-1,7	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	1,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,4	0,1	0,0	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,3	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,2	0,5	3,0	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Frühsommer 2023

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2022; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 502,2	2 375,7	399,6	726,9	-
2 - Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	-
3 = Nettowertschöpfung	2 709,6	1 923,1	299,3	487,3	-75,9
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 016,1	1 456,4	307,6	252,1	18,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	38,7	28,3	0,3	10,1	-
6 + Empf. s. Subventionen	52,6	43,6	0,2	8,8	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	707,5	481,9	-8,4	233,9	-94,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 020,5	-	-	2 020,5	13,9
9 - Gel. Subventionen	70,8	-	70,8	-	4,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	418,5	-	418,5	-	10,8
11 - Gel. Vermögenseinkommen	721,4	674,8	26,2	20,4	233,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	854,0	429,3	16,4	408,3	100,5
13 = Primäreinkommen	3 208,2	236,3	329,5	2 642,3	-206,8
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	515,2	123,3	-	391,8	14,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	528,8	-	528,8	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	809,6	-	-	809,6	4,6
17 + Empf. Sozialbeiträge	809,7	142,5	666,3	0,9	4,5
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	694,1	73,9	619,3	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	686,1	-	-	686,1	8,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	426,2	217,0	114,5	94,7	70,1
21 + Empf. s. lauf. Transfers	364,0	191,3	28,2	144,4	132,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	-150,4
23 - Konsumausgaben	2 832,0	-	849,3	1 982,7	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-59,0	-	59,0	-
25 = Sparen	319,7	96,9	-30,3	253,1	-150,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	126,6	18,2	92,9	15,5	7,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	113,8	74,0	18,9	20,9	19,8
28 - Bruttoinvestitionen	962,0	571,8	103,1	287,0	-
29 + Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	10,7	11,2	-1,0	0,6	-10,7
31 = Finanzierungssaldo	126,8	22,4	-106,0	210,5	-126,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	-150,4
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-540,0	540,0	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 151,7	155,9	279,1	2 716,7	-150,4

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 750,2	2 539,6	416,9	793,8	-
2 - Abschreibungen	872,3	497,2	110,2	264,9	-
3 = Nettowertschöpfung	2 877,9	2 042,4	306,7	528,9	-170,5
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 152,9	1 561,3	315,8	275,7	18,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	38,8	28,1	0,3	10,4	-
6 + Empf. s. Subventionen	27,4	25,3	0,2	1,9	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	713,6	478,2	-9,3	244,7	-189,0
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 157,5	-	-	2 157,5	13,8
9 - Gel. Subventionen	78,9	-	78,9	-	4,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	418,5	-	418,5	-	11,2
11 - Gel. Vermögenseinkommen	860,2	794,9	31,1	34,2	304,7
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 001,1	580,0	19,8	401,2	163,8
13 = Primäreinkommen	3 351,5	263,3	319,0	2 769,2	-309,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	521,6	128,0	-	393,6	14,1
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	535,1	-	535,1	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	860,3	-	-	860,3	4,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	860,5	143,8	715,8	0,9	4,8
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	730,8	73,9	656,0	0,9	1,3
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	723,3	-	-	723,3	8,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	427,2	228,3	99,4	99,5	76,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	360,8	193,0	32,0	135,7	143,1
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 291,3	169,9	846,4	2 275,0	-249,4
23 - Konsumausgaben	2 910,6	-	842,7	2 067,8	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-58,2	-	58,2	-
25 = Sparen	380,7	111,7	3,7	265,3	-249,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	106,4	18,6	72,3	15,4	7,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	91,8	51,2	19,4	21,2	21,8
28 - Bruttoinvestitionen	1 003,6	586,7	112,6	304,4	-
29 + Abschreibungen	872,3	497,2	110,2	264,9	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	9,9	10,0	-1,0	0,9	-9,9
31 = Finanzierungssaldo	225,0	44,7	-50,5	230,8	-225,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 291,3	169,9	846,4	2 275,0	-249,4
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-525,1	525,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 291,3	169,9	321,3	2 800,1	-249,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Frühsommer 2023

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 860,5	2 585,0	439,8	835,8	-
2 - Abschreibungen	920,6	523,7	116,5	280,4	-
3 = Nettowertschöpfung	2 939,9	2 061,3	323,3	555,4	-201,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 263,6	1 639,3	333,8	290,5	18,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	41,1	30,0	0,3	10,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	31,3	28,5	0,2	2,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	666,6	420,6	-10,7	256,7	-220,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 268,3	-	-	2 268,3	13,8
9 - Gel. Subventionen	45,2	-	45,2	-	4,9
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	437,9	-	437,9	-	11,6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	936,9	860,4	38,1	38,5	307,1
12 + Empf. Vermögenseinkommen	1 083,6	669,7	20,6	393,2	160,5
13 = Primäreinkommen	3 474,2	229,9	364,6	2 879,7	-346,3
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	538,6	126,2	-	412,4	14,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	552,1	-	552,1	-	0,7
16 - Gel. Sozialbeiträge	907,3	-	-	907,3	5,2
17 + Empf. Sozialbeiträge	907,5	145,9	760,8	0,9	5,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	756,7	72,5	683,3	0,9	3,8
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	751,6	-	-	751,6	8,9
20 - Gel. s. lauf. Transfers	442,5	240,4	97,7	104,4	80,2
21 + Empf. s. lauf. Transfers	370,0	193,7	30,9	145,4	152,7
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 410,3	130,5	927,3	2 352,5	-282,4
23 - Konsumausgaben	3 037,7	-	883,8	2 154,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-57,4	-	57,4	-
25 = Sparen	372,6	73,0	43,6	256,0	-282,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	114,8	18,8	80,3	15,8	7,4
27 + Empf. Vermögenstransfers	100,0	58,6	19,7	21,7	22,2
28 - Bruttoinvestitionen	1 010,8	583,1	118,4	309,3	-
29 + Abschreibungen	920,6	523,7	116,5	280,4	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-	-	-1,0	1,0	-
31 = Finanzierungssaldo	267,5	53,4	-17,9	232,0	-267,5
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 410,3	130,5	927,3	2 352,5	-282,4
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-543,5	543,5	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 410,3	130,5	383,8	2 896,0	-282,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,1	1,3	0,8	0,0	0,9	0,6	0,1	0,0
Arbeitsvolumen	1,7	1,3	0,4	0,7	0,4	0,4	0,6	0,9
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,6	0,0	-0,4	0,7	-0,5	-0,2	0,5	0,9
Produktivität ¹	0,9	0,5	-0,7	1,2	-0,9	-0,5	1,1	1,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,8	-0,3	2,0	-0,5	-0,1	1,7	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 571,3	2 832,0	2 910,6	3 037,7	1 418,4	1 492,1	1 483,6	1 554,2
Private Haushalte ²	1 773,8	1 982,7	2 067,8	2 154,0	1 010,3	1 057,6	1 053,5	1 100,5
Staat	797,5	849,3	842,7	883,8	408,2	434,5	430,1	453,7
Anlageinvestitionen	783,8	872,4	940,9	977,1	456,9	484,0	472,3	504,7
Bauten	416,7	474,7	508,2	520,9	251,8	256,3	254,9	266,0
Ausrüstungen	229,4	253,7	282,1	298,4	133,8	148,2	142,8	155,6
Sonstige Anlageinvestitionen	137,7	144,0	150,7	157,8	71,2	79,5	74,6	83,1
Vorratsveränderung ³	55,1	89,5	62,7	33,7	39,2	23,5	19,7	14,0
Inländische Verwendung	3 410,2	3 794,0	3 914,2	4 048,5	1 914,5	1 999,7	1 975,7	2 072,9
Außenbeitrag	191,6	75,9	170,5	201,7	88,1	82,4	110,5	91,1
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	5,3	2,0	4,2	4,7	4,4	4,0	5,3	4,2
Exporte	1 693,9	1 954,6	1 954,9	2 020,9	975,3	979,6	994,9	1 026,0
Importe	1 502,4	1 878,7	1 784,4	1 819,2	887,1	897,2	884,4	934,8
Bruttoinlandsprodukt	3 601,8	3 869,9	4 084,7	4 250,2	2 002,6	2 082,1	2 086,2	2 164,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,5	10,1	2,8	4,4	3,5	2,1	4,6	4,2
Private Haushalte ²	3,5	11,8	4,3	4,2	5,7	3,0	4,3	4,1
Staat	6,6	6,5	-0,8	4,9	-1,5	-0,1	5,4	4,4
Anlageinvestitionen	6,5	11,3	7,8	3,8	9,2	6,6	3,4	4,3
Bauten	8,3	13,9	7,0	2,5	8,7	5,4	1,2	3,8
Ausrüstungen	5,5	10,6	11,2	5,8	13,4	9,2	6,7	5,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,9	4,6	4,6	4,7	3,8	5,4	4,8	4,6
Inländische Verwendung	6,1	11,3	3,2	3,4	4,3	2,1	3,2	3,7
Exporte	15,6	15,4	0,0	3,4	2,7	-2,6	2,0	4,7
Importe	18,0	25,0	-5,0	2,0	-0,8	-8,9	-0,3	4,2
Bruttoinlandsprodukt	5,8	7,4	5,6	4,1	5,9	5,2	4,2	3,9

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 333,0	2 420,1	2 369,8	2 425,6	1 164,2	1 205,6	1 194,0	1 231,7
Private Haushalte ²	1 627,5	1 706,7	1 686,7	1 725,7	826,0	860,7	847,0	878,6
Staat	703,6	712,0	682,1	699,0	337,7	344,5	346,4	352,5
Anlageinvestitionen	672,6	675,0	675,6	679,2	331,7	343,9	329,6	349,6
Bauten	328,7	322,8	314,9	310,5	158,1	156,8	152,9	157,6
Ausrüstungen	215,8	222,9	230,9	237,1	110,8	120,0	113,4	123,7
Sonstige Anlageinvestitionen	126,6	129,2	132,2	136,0	62,9	69,3	64,6	71,4
Inländische Verwendung	3 024,0	3 123,2	3 077,6	3 127,0	1 518,7	1 558,9	1 536,7	1 590,4
Exporte	1 572,5	1 625,5	1 637,0	1 688,9	813,5	823,5	835,7	853,2
Importe	1 395,8	1 492,0	1 467,2	1 503,9	723,9	743,3	735,5	768,5
Bruttoinlandsprodukt	3 203,8	3 261,9	3 253,1	3 317,0	1 611,2	1 641,9	1 639,0	1 678,1

Frühsommer 2023

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,4	3,7	-2,1	2,4	-2,7	-1,5	2,6	2,2
Private Haushalte ²	0,4	4,9	-1,2	2,3	-1,6	-0,8	2,5	2,1
Staat	3,8	1,2	-4,2	2,5	-5,2	-3,2	2,6	2,3
Anlageinvestitionen	1,2	0,4	0,1	0,5	0,5	-0,3	-0,7	1,7
Bauten	0,0	-1,8	-2,5	-1,4	-2,8	-2,1	-3,3	0,5
Ausrüstungen	3,5	3,3	3,6	2,7	5,4	2,0	2,3	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	2,1	2,3	2,9	2,5	2,1	2,7	3,1
Inländische Verwendung	1,9	3,3	-1,5	1,6	-1,2	-1,7	1,2	2,0
Exporte	9,7	3,4	0,7	3,2	0,9	0,5	2,7	3,6
Importe	9,0	6,9	-1,7	2,5	-0,3	-2,9	1,6	3,4
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	-0,3	2,0	-0,5	-0,1	1,7	2,2

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	3,1	6,6	5,5	1,8	7,4	3,8	1,7	1,9
Konsumausgaben des Staates	2,7	5,2	3,6	2,3	3,9	3,2	2,7	2,0
Anlageinvestitionen	5,2	10,9	7,8	3,3	8,7	6,9	4,1	2,6
Bauten	8,3	16,0	9,7	3,9	11,8	7,7	4,6	3,2
Ausrüstungen	1,9	7,1	7,3	3,0	7,6	7,1	4,3	1,9
Exporte	5,4	11,6	-0,7	0,2	1,8	-3,0	-0,7	1,1
Importe	8,3	17,0	-3,4	-0,5	-0,5	-6,1	-1,9	0,8
Bruttoinlandsprodukt	3,1	5,5	5,8	2,0	6,4	5,3	2,4	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 465,1	2 642,3	2 769,2	2 879,7	1 357,0	1 412,2	1 417,8	1 462,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,5	360,1	382,1	402,3	183,1	199,0	194,9	207,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 570,6	1 660,4	1 775,4	1 865,9	842,9	932,5	894,3	971,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	621,9	611,7	611,5	331,0	280,7	328,5	283,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	559,5	565,9	582,3	594,5	274,3	307,9	273,7	320,8
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 024,6	3 208,2	3 351,5	3 474,2	1 631,4	1 720,2	1 691,5	1 782,7
Abschreibungen	704,9	792,6	872,3	920,6	428,1	444,2	453,8	466,8
Bruttonationaleinkommen	3 729,5	4 000,8	4 223,8	4 394,8	2 059,5	2 164,4	2 145,3	2 249,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 743,4	2 860,5	3 011,9	3 081,5	1 470,1	1 541,8	1 497,6	1 583,9
Arbeitnehmerentgelt	1 918,0	2 020,5	2 157,5	2 268,3	1 026,0	1 131,5	1 089,3	1 179,0
Unternehmens- und Verm.einkomm	825,4	840,1	854,4	813,2	444,1	410,4	408,4	404,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,0	7,2	4,8	4,0	5,0	4,6	4,5	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	3,6	6,1	5,3	5,1	7,1	6,4	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	5,7	6,9	5,1	7,0	6,9	6,1	4,2
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	3,3	4,1	5,9	5,0	5,8	6,1	5,9	4,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	13,7	-1,6	0,0	0,1	-3,6	-0,7	0,8
Primäreinkommen der übr. Sektoren	23,9	1,1	2,9	2,1	4,3	1,7	-0,2	4,2
Nettonationaleink. (Primäreink.)	6,3	6,1	4,5	3,7	4,8	4,1	3,7	3,6
Abschreibungen	6,5	12,4	10,1	5,5	10,5	9,7	6,0	5,1
Bruttonationaleinkommen	6,4	7,3	5,6	4,0	6,0	5,2	4,2	3,9
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,7	4,3	5,3	2,3	6,7	3,9	1,9	2,7
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,3	6,8	5,1	6,6	6,9	6,2	4,2
Unternehmens- und Verm.einkomm.	15,0	1,8	1,7	-4,8	7,0	-3,5	-8,0	-1,3

RWI Konjunkturbericht 74 (2)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 595,4	1 657,5	1 771,4	1 850,3	846,9	924,5	890,2	960,1
Nettolöhne und -gehälter	1 062,6	1 118,7	1 203,4	1 260,1	566,4	636,9	597,9	662,2
Monetäre Sozialleistungen	676,5	686,1	723,3	751,6	356,7	366,6	371,7	379,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,7	147,3	155,3	161,4	76,2	79,1	79,4	81,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	621,9	611,7	611,5	331,0	280,7	328,5	283,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 111,3	- 102,7	- 108,1	- 109,3	- 55,0	- 53,2	- 57,0	- 52,3
Verfügbares Einkommen	2 031,2	2 176,8	2 275,0	2 352,5	1 122,9	1 152,0	1 161,7	1 190,8
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	58,7	59,0	58,2	57,4	28,3	29,9	27,9	29,5
Konsumausgaben	1 773,8	1 982,7	2 067,8	2 154,0	1 010,3	1 057,6	1 053,5	1 100,5
Sparen	316,0	253,1	265,3	256,0	140,9	124,4	136,1	119,9
Sparquote (%) ⁶	15,1	11,3	11,4	10,6	12,2	10,5	11,4	9,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	3,9	6,9	4,5	7,3	6,5	5,1	3,9
Nettolöhne und -gehälter	4,2	5,3	7,6	4,7	8,1	7,1	5,6	4,0
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,4	5,4	3,9	5,5	5,3	4,2	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	2,5	5,5	3,9	5,6	5,3	4,2	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	13,7	- 1,6	0,0	0,1	- 3,6	- 0,7	0,8
Verfügbares Einkommen	2,1	7,2	4,5	3,4	5,7	3,4	3,5	3,4
Konsumausgaben	3,5	11,8	4,3	4,2	5,7	3,0	4,3	4,1
Sparen	- 6,1	19,9	4,8	- 3,5	4,3	5,5	- 3,4	- 3,6

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	877,8	947,3	953,5	990,0	475,1	478,4	491,6	498,4
Nettosozialbeiträge	633,7	666,3	715,8	760,8	343,4	372,4	369,2	391,6
Vermögenseinkommen	15,2	16,4	19,8	20,6	11,0	8,8	11,5	9,1
Sonstige Transfers	30,1	28,2	32,0	30,9	12,4	19,6	12,8	18,1
Vermögenstransfers	20,3	18,9	19,4	19,7	8,4	11,0	8,2	11,5
Verkäufe	134,6	142,8	147,4	152,8	69,1	78,3	71,6	81,1
Sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 711,7	1 820,1	1 888,1	1 975,0	919,6	968,5	965,1	1 009,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	557,6	592,8	573,5	597,1	275,9	297,6	288,6	308,5
Arbeitnehmerentgelt	294,4	307,6	315,8	333,8	150,9	164,9	160,2	173,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	26,2	31,1	38,1	13,3	17,7	18,6	19,5
Subventionen	111,6	70,8	78,9	45,2	46,7	32,2	20,9	24,3
Monetäre Sozialleistungen	610,9	619,3	656,0	683,3	323,3	332,7	337,9	345,5
Sonstige laufende Transfers	90,4	114,5	99,4	97,7	47,4	52,0	45,5	52,1
Vermögenstransfers	68,1	92,9	72,3	80,3	26,9	45,4	30,4	49,8
Bruttoinvestitionen	93,4	103,1	112,6	118,4	47,8	64,8	50,2	68,2
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,2	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 0,6	- 0,4	- 0,6	- 0,4
Insgesamt	1 846,0	1 926,2	1 938,6	1 992,8	931,7	1 006,9	951,7	1 041,1
Finanzierungssaldo	- 134,3	- 106,0	- 50,5	- 17,9	- 12,1	- 38,4	13,4	- 31,2

Frühsommer 2023

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	13,3	7,9	0,7	3,8	1,5	- 0,2	3,5	4,2
Nettosozialbeiträge	4,2	5,1	7,4	6,3	6,7	8,1	7,5	5,2
Vermögenseinkommen	- 22,2	8,3	20,4	4,4	23,9	16,2	4,5	4,2
Sonstige Transfers	23,1	- 6,2	13,3	- 3,4	2,4	21,6	3,3	- 7,7
Vermögenstransfers	31,0	- 6,9	2,8	1,6	- 6,2	10,9	- 2,1	4,4
Verkäufe	6,0	6,1	3,2	3,7	3,8	2,7	3,6	3,7
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,1	6,3	3,7	4,6	3,7	3,7	4,9	4,3
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	8,3	6,3	- 3,3	4,1	- 3,9	- 2,6	4,6	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,6	4,5	2,7	5,7	1,2	4,1	6,2	5,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 3,4	26,0	18,6	22,6	5,5	30,9	39,1	10,2
Subventionen	52,1	- 36,6	11,4	- 42,7	61,0	- 23,0	- 55,3	- 24,5
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,4	5,9	4,2	6,1	5,7	4,5	3,8
Sonstige laufende Transfers	9,5	26,6	- 13,2	- 1,7	7,0	- 25,9	- 4,0	0,3
Vermögenstransfers	41,4	36,4	- 22,1	11,0	18,1	- 35,2	13,2	9,7
Bruttoinvestitionen	0,2	10,4	9,2	5,1	9,1	9,2	5,1	5,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,5	4,3	0,6	2,8	4,3	- 2,5	2,1	3,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Jochen Dehio

Handwerksbericht: Das Handwerk leidet stärker unter der Energiekrise als die Gesamtwirtschaft¹

Kurzfassung: Die Umsätze des deutschen Handwerks stiegen ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts zunächst stärker als die der Gesamtwirtschaft. Dies war auch 2020 trotz der Einschränkungen im Zuge der Corona-Krise noch der Fall, denn das Handwerk übertraf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nominal wie real um rund 5 Prozentpunkte. In den Jahren 2021 und 2022 änderte sich das Bild: Die nominalen Handwerksumsätze stiegen weniger stark als die der Gesamtwirtschaft, real schnitt das Handwerk sogar um jeweils rund 10 Prozentpunkte schlechter ab, auch wenn die einzelnen Handwerksgruppen unterschiedlich betroffen waren. 2023 ist aufgrund der sich beruhigenden Energiemärkte, geringer werdender Materialengpässe und sich weiter normalisierender Lieferketten mit einer leichten Erholung und einem Abflauen des Preisauftriebs zu rechnen, es zeichnet sich aber ab, dass sich das Handwerk real erneut schwächer als die Gesamtwirtschaft entwickeln wird. Über 2023 hinaus ist dann aber wieder eine etwas positivere reale Entwicklung des Handwerks zu erwarten.

Summary: From the middle of the last decade, sales in the German skilled crafts sector initially grew faster than the economy as a whole. This was still the case in 2020, despite the restrictions imposed in the wake of the Corona crisis, as the skilled crafts sector outperformed the overall economy by around 5 percentage points in both nominal and real terms. In 2021 and 2022, the picture changed: nominal craft trade sales grew less strongly than those of the economy as a whole, and in real terms the craft trade sector even performed around 10 percentage points worse in each case, even if the individual craft trade groups were affected differently. In 2023, a slight recovery and a slowdown in price increases can be expected as a result of the easing of the energy markets, reduced material bottlenecks and further normalization of supply chains, but there are signs that the skilled trades sector will once again outperform the economy as a whole in real terms. Beyond 2023, however, a somewhat more positive real development of the skilled crafts sector is expected.

¹ Der Verfasser dankt Torsten Schmidt und Sabine Weiler für hilfreiche Hinweise und kritische Anmerkungen. Mailadresse: jochen.dehio@rwi-essen.de.

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk

1. Entwicklung und Lage des Gesamthandwerks

Die Gesamtwirtschaft, die 2020 noch von den Folgen der Corona-Pandemie belastet war, erholte sich in den beiden darauffolgenden Jahren gemessen am realen BIP (Tabelle 1). Getragen wurde dies u.a. durch den Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, die für das Handwerk besonders bedeutenden Bauinvestitionen waren dagegen rückläufig. Als Folge der Energiekrise war die Inflationsraten mit über 3% in 2021 und fast 7% in 2022 außerordentlich hoch, der Preisauftrieb im Handwerk ging darüber aber noch deutlich hinaus (siehe dazu den Abschnitt 2). Die konjunkturelle Entwicklung hinterließ somit im Handwerk deutliche Spuren.

Tabelle 1
Gesamtwirtschaftliche Rahmendaten
2020 bis 2022, Veränderung in %

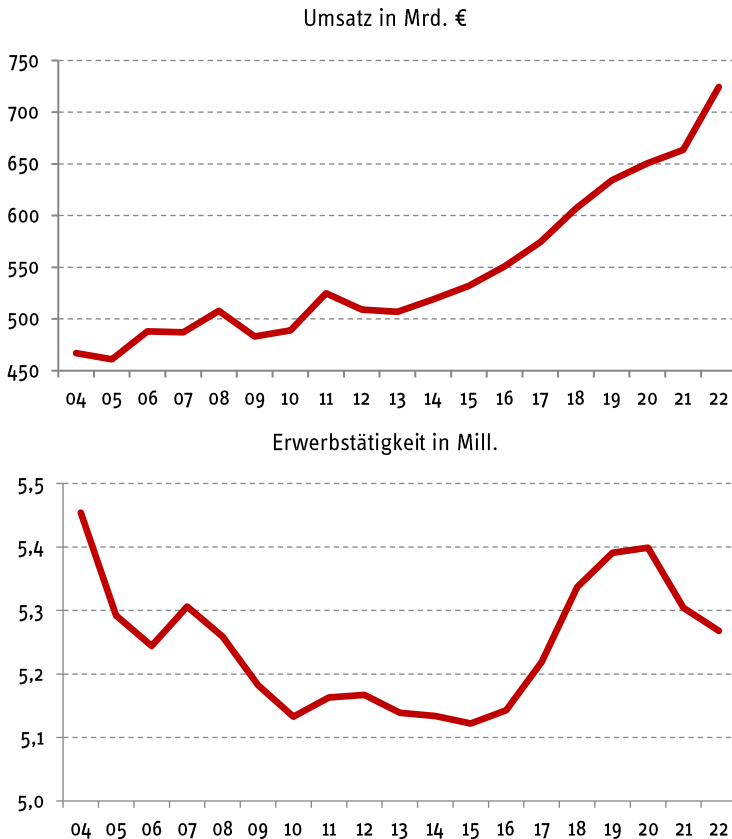
	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt ¹	-4,6	2,6	1,8
Konsumausgaben ¹	-3,2	1,4	3,7
Bauinvestitionen ¹	2,5	0,0	-1,8
Ausrüstungsinvestitionen ¹	-11,2	3,5	3,3
Außenbeitrag ¹	-0,8	0,8	-1,3
Verbraucherpreise	0,5	3,1	6,9
Lohnstückkosten	4,3	0,6	3,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. ¹Preisbereinigte Wachstumsraten.

Nachdem Umsatz und Erwerbstätigkeit im deutschen Handwerk ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts noch deutlich zugenommen hatten, erhielt das Handwerk durch die Corona-Pandemie und Energiekrise einen Dämpfer (Schaubild 1). Zwar stiegen die nominalen Umsätze 2021 mit 2% und 2022 mit knapp 9% weiter, die Beschäftigung schwächte sich aber wieder deutlich ab. Zum Vergleich: Der nominale gesamtwirtschaftliche Produktionswert stieg 2021 um knapp 8% und 2022 um gut 11% bei jeweils steigender Beschäftigung.

Die Entwicklung der Lage des Handwerks spiegelt sich entsprechend in den Wachstumsdifferenzen der Umsätze gegenüber der Gesamtwirtschaft wider (Schaubild 2). Zunächst verringerten sich ab 2010 die Wachstumsunterschiede, seit 2015 kam es dann zu – tendenziell sogar steigenden – Wachstumsüberschüssen, die sich u.a. mit der günstigen Zinsumfeld und der sehr positiven Entwicklung des Baugewerbes erklären lassen. Am aktuellen Rand sind aber wieder Wachstumsdefizite zu beobachten, wobei das Wachstum des Handwerks sowohl beim Umsatz als auch bei der Erwerbstätigkeit per Saldo hinter jenem der Gesamtwirtschaft zurückblieb.

Schaubild 1
Umsatz und Erwerbstätigkeit im Handwerk
2004 bis 2021



Eigene Darstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

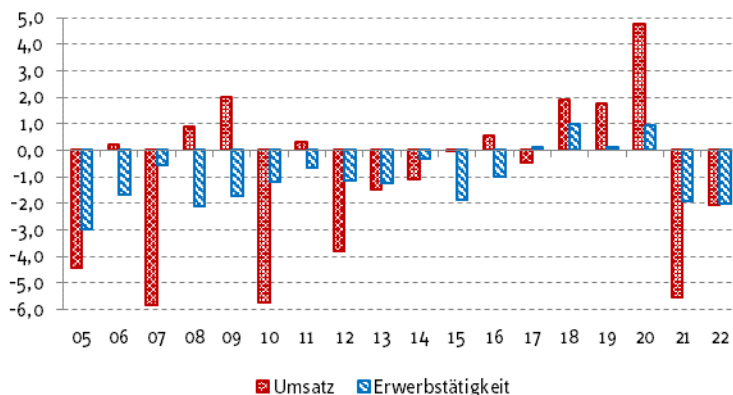
Diese Entwicklungstrends schlugen sich auch im Geschäftsklimaindikator des Handwerks nieder (Schaubild 3). Während sich die Ausprägung dieses Indikators über einen längeren Zeitraum kontinuierlich erhöhte, was mit der geschilderten Aufwärtsentwicklung der Handwerksumsätze korrespondiert, trübte sich das Bild in den vergangenen Jahren wieder deutlich ein. 2022 war schließlich der niedrigste Wert seit 2005 zu verzeichnen.

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk

Schaubild 2

Abweichungen der Wachstumsraten von Umsatz und Erwerbstätigkeit im Handwerk von denen der Gesamtwirtschaft

2005 bis 2022, Abweichung in %

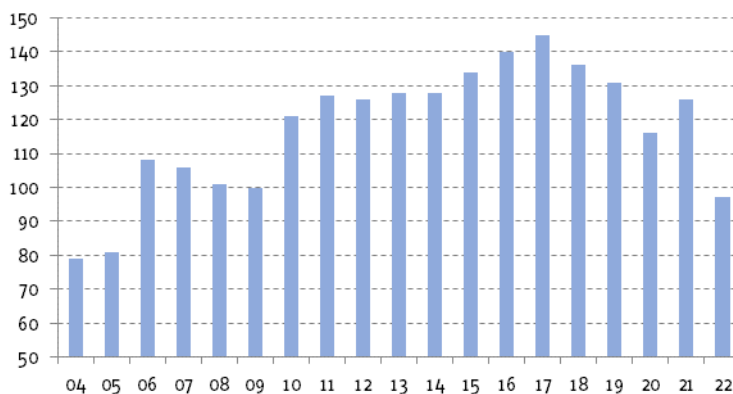


Eigene Darstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Schaubild 3

Geschäftsklimaindex des Handwerks

2004 bis 2022, geometrischer Mittelwert aus „guter“ und „schlechter“ Geschäftslage sowie „guten“ und „schlechten“ Geschäftserwartungen



Eigene Darstellung nach Angaben des ZDH (2022: 5).

2. Zur Lage im Einzelnen

Die Krisen in den zurückliegenden Jahren stellten Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und somit auch das Handwerk vor große Herausforderungen. Während 2020 durch coronabedingte Produktionseinbrüche gekennzeichnet war, waren 2021 und 2022 die Preissteigerungsraten sehr ausgeprägt. Da die Handwerksstatistik keine handwerksspezifischen Preisindizes und somit auch keine realen Handwerksumsätze ausweist, wurde die Aussagekraft der nominalen Handwerksumsätze zunehmend eingeschränkt. Es stellt sich die Frage, wie sich die Preisentwicklungen auf die reale Entwicklung der Handwerksumsätze im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auswirkt.

Erste Hinweise auf die möglicherweise zugrundeliegende reale Entwicklung geben bereits Vergleiche der Entwicklung der nominalen Umsätze und der Beschäftigung im Handwerk und in der Gesamtwirtschaft. Die auf den vorliegenden Ergebnissen der Handwerksstatistik und der gesamtwirtschaftlichen Daten basierenden Befunde zeigen, dass die nominalen Handwerksumsätze in den Jahren 2020-2022 gegenüber 2019 um 14% gestiegen sind, während die Beschäftigung um 2,3% zurückging. Der gesamtwirtschaftliche nominale Produktionswert stieg in diesem Zeitraum um 17% und auch die Beschäftigung stieg leicht an (0,6%). Diese Relationen deuten darauf hin, dass die auf den ersten Blick an sich recht positiv erscheinende Entwicklung der Handwerksumsätze nicht mit einer entsprechenden realen Entwicklung einhergehen kann, da sonst der Beschäftigungsrückgang nicht zu erklären wäre.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, die realen Handwerksumsätze zu schätzen, was hier unter Verwendung von Indizes verschiedener Preisstatistiken erfolgte.² Diese allgemeinen Preisstatistiken bilden allerdings keine handwerksspezifischen Preisentwicklungen ab.³ Der gewählte Ansatz ist einfach, transparent und auf amtlichen Daten der Handwerks- und Preisstatistik basierend, stellt aber bestenfalls eine näherungsweise Abschätzung der realen Umsätze dar. Zur Einordnung der Entwicklungen erfolgen Vergleiche mit den Ergebnissen für die Gesamtwirtschaft.

² *Verwendet wurden für die Preisbereinigung für das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe die „Preisindizes für die Bauwirtschaft“ der Fachserie 17, Reihe 4 (Statistisches Bundesamt 2023b: 22: 7), für die Handwerke für den gewerblichen Bedarf die „Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte“ der Fachserie 17, Reihe 2 (Statistisches Bundesamt 2023a: 25), und für das Kraftfahrzeug-, Lebensmittel- und Gesundheitsgewerbe sowie die Handwerke für den sonstigen privaten Bedarf die entsprechenden Indizes der „Verbraucherpreisindizes für Deutschland“, Fachserie 17, Reihe 7 (Statistisches Bundesamt 2023c: 7, 23 und 57).*

³ *Die in einer früheren Studie des RWI (2012: 34ff.) verwendeten Preisindizes für Gewerbebranchen sind zwar spezifischer auf das Handwerk ausgerichtet, sie stützen sich aber u.a. auf Erhebungen von Verbänden, die unterschiedliche Methoden verwenden. Daher wurden hier nur amtliche Preisindizes auf der Ebene der Gewerbebranchen verwendet.*

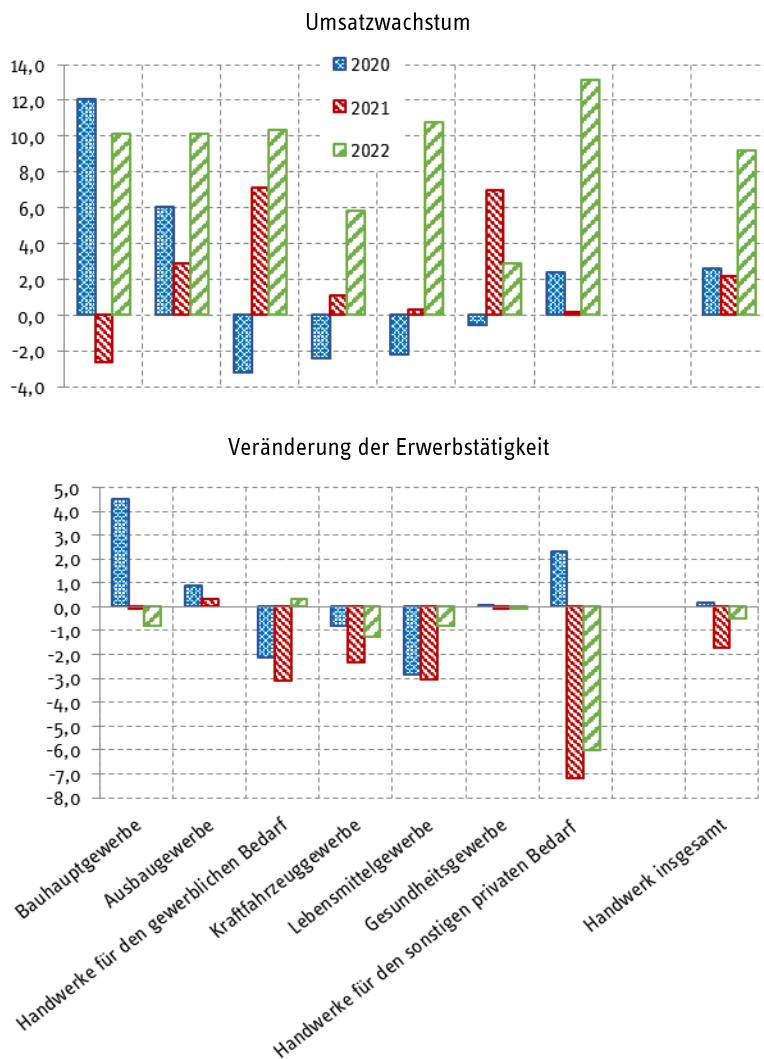
Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk

In Schaubild 4 werden zunächst die nominalen Umsatz- und die Beschäftigungsveränderungen der Gewerbegruppen für die Jahre 2020-2022 aufgezeigt.

Schaubild 4

Wachstum von Umsatz und Erwerbstätigkeit im Handwerk

2020, 2021 und 2022, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Darstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturberichte 74 (2)

Die deutsche Konjunktur wurde lange maßgeblich von den Bauinvestitionen gestützt. Dementsprechend hatten sich das *Bauhaupt- und Ausbaugewerbe*, die zusammen fast die Hälfte der Umsätze des Gesamthandwerks ausmachen, gut entwickelt. Aufgrund der gestiegenen Zinsen und Rohstoffpreise schwächten sich die Bauinvestitionen zuletzt aber fühlbar ab, wodurch das Handwerk hart getroffen wurde. Die *Handwerke für den gewerblichen Bedarf*, auf die knapp ein Fünftel der Handwerksumsätze entfallen, sind wichtige Zulieferer für Industriebetriebe. Bis 2019 hatten sie von den bis dahin kräftigen Anstiegen der Ausrüstungsinvestitionen profitiert, positiv wirkte sich aber auch die dynamische Entwicklung der Bauindustrie aus. Aufgrund des Einbruchs bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen bekam aber auch dieser Bereich in den zurückliegenden Jahren einen Dämpfer. Die *Handwerke für den privaten Bedarf*, zu denen das Kraftfahrzeug-, Lebensmittel- und Gesundheitsgewerbe sowie die Handwerke für den sonstigen privaten Bedarf zählen, die zusammen mehr als ein Drittel der Handwerksumsätze ausmachen, sind besonders von der Konsumnachfrage abhängig. Da die Konsumausgaben nach 2019 ebenfalls schwächelten und diese Handwerke zudem in einem harten Wettbewerb mit nicht-handwerklichen Anbietern stehen, verloren sie weitere Marktanteile an Industrie und Handel.

Die Entwicklung der nominalen und realen Handwerksumsätze im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist für 2020 der Tabelle 2 zu entnehmen.

Tabelle 2

Nominaler und realer Umsatz in den Gewerbegruppen des Handwerks und im Gesamthandwerk sowie nominaler und realer Produktionswert der Gesamtwirtschaft 2019 und 2020

Gewerbegruppe	Umsatz nominal		Wachstumsrate in %			Umsatz real
	in Mrd. €		Umsatz nominal	Preise	Umsatz real	in Mrd. €
	2019	2020	2020 gegenüber 2019	2019	2020	
I Bauhauptgewerbe	117,5	131,6	12,1	1,3	10,8	130,2
II Ausbaugewerbe	172,2	182,6	6,1	1,8	4,3	179,6
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	118,3	114,5	-3,2	0,0	-3,2	114,5
IV Kraftfahrzeuggewerbe	148,6	145,1	-2,4	-1,8	-0,6	147,7
V Lebensmittelgewerbe	41,7	40,8	-2,2	2,3	-4,5	39,8
VI Gesundheitsgewerbe	17,5	17,4	-0,6	0,8	-1,4	17,3
VII Handwerke für sonst. privaten Bedarf	18,2	18,6	2,4	0,5	1,9	18,5
Handwerk insgesamt	634,0	650,7	2,6	0,5	2,1	647,6
Produktionswert der Gesamtwirtschaft	6.408	6.272	-2,1	0,5	-2,6	6.241

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk

Im Baugewerbe, in dem die Kapazitätsauslastung hoch und die Auftragsreichweiten lang sind, stiegen die nominalen Umsätze trotz der coronabedingten Einschränkungen deutlich. Trotz überdurchschnittlich stark angehobener Preise verblieb ein deutliches reales Umsatzplus. Von den Handwerken für den sonstigen privaten Bedarf abgesehen wiesen die anderen Gewerbegruppen Rückgänge der nominalen Umsätze aus. Die Preissteigerungen waren im Lebensmittelgewerbe deutlich, ansonsten aber eher moderat, die Preise im Kraftfahrzeuggewerbe waren sogar rückläufig. Alles in allem erhöhten sich die Verkaufspreise der Handwerksleistungen 2020 um durchschnittlich 0,5%. Bei einem nominalen Umsatzwachstum von 2,6% resultiert hieraus ein realer Anstieg von 2,1%. Zum Vergleich: Die gesamtwirtschaftliche Produktion sank 2020 nominal um 2,1%, was bei einem Anstieg des Verbraucherpreisindex von 0,5% einem realen Rückgang von 2,6% entsprach. Das Handwerk entwickelte sich somit real um knapp 5% besser als die Gesamtwirtschaft.

2021 änderte sich das Bild grundlegend (Tabelle 3). Das Baugewerbe war erstmals seit Jahren nicht mehr die tragende Säule des Umsatzwachstums im Gesamthandwerk. Die nominalen Umsätze des Bauhauptgewerbes gingen sogar zurück. Die Handwerke für den gewerblichen Bedarf und das Gesundheitsgewerbe verzeichneten dagegen ein kräftiges Umsatzplus.

Tabelle 3
Nominaler und realer Umsatz in den Gewerbegruppen des Handwerks und im Gesamthandwerk sowie nominaler und realer Produktionswert der Gesamtwirtschaft 2020 und 2021

Gewerbegruppe	Umsatz nominal		Wachstumsrate in %			Umsatz real
	in Mrd. €		Umsatz nominal	Preise	Umsatz real	in Mrd. €
	2020	2021 ¹	2021 gegenüber 2020			
I Bauhauptgewerbe	131,6	128,2	-2,6	10,2	-12,8	114,8
II Ausbaugewerbe	182,6	187,9	2,9	8,2	-5,3	172,9
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	114,5	122,6	7,1	6,1	1,0	115,6
IV Kraftfahrzeuggewerbe	145,1	146,7	1,1	8,6	-7,5	134,2
V Lebensmittelgewerbe	40,8	40,9	0,3	3,1	-2,8	39,7
VI Gesundheitsgewerbe	17,4	18,6	7,0	0,5	6,5	18,5
VII Handwerke für sonst. privaten Bedarf	18,6	18,7	0,2	3,1	-2,9	18,1
Handwerk insgesamt	650,7	663,7	2,0	7,7	-5,7	613,8
Produktionswert der Gesamtwirtschaft	6.272	6.746	7,6	3,1	4,5	6.554

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. –¹Fortschreibung anhand der Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung (zur Methodik siehe Anhang).

RWI Konjunkturberichte 74 (2)

Dies führte vor allem im Bauhauptgewerbe zu hohen realen Umsatzeinbußen. Auch das Kraftfahrzeuggewerbe verzeichnete hohe reale Umsatzrückgänge. Im Jahr 2021 stellte sich somit die reale Situation des Handwerks in Relation zur Gesamtwirtschaft deutlich ungünstiger dar als noch 2020. Bei einem nominalen Umsatzwachstum von nur 2,0% erhöhten sich die Verkaufspreise der Handwerksleistungen 2021 um durchschnittlich 7,7%, woraus ein realer Rückgang der Handwerksumsätze um 5,7% resultierte. Zum Vergleich: Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg 2021 nominal um 7,6%, was bei einem Anstieg des Verbraucherpreisindex von 3,1% einer realen Zunahme von 4,5% entsprach. Das Handwerk entwickelte sich somit real um gut 10% schlechter als die Gesamtwirtschaft.

Außer dem Gesundheitsgewerbe und vor allem den Handwerken für den sonstigen privaten Bedarf wiesen die anderen Gewerbegruppen 2022 mehr oder weniger deutliche reale Umsatzverluste auf. Das nominale Umsatzplus war im Handwerk insgesamt mit 8,9% zwar recht hoch, zugleich aber auch der Preisauftrieb mit 14,2% (Tabelle 4). Damit verzeichnete das Handwerk einen realen Umsatzrückgang von 5,3%. Zum Vergleich: Der nominale gesamtwirtschaftliche Produktionswert stieg mit 11,2% noch etwas stärker bei deutlich geringerem Preisauftrieb von 6,9%, sodass das Handwerk real erneut um knapp 10% schlechter performte.

Tabelle 4

Nominaler und realer Umsatz in den Gewerbegruppen des Handwerks und im Gesamthandwerk sowie nominaler und realer Produktionswert der Gesamtwirtschaft 2021 und 2022

Gewerbegruppe	Umsatz nominal		Wachstumsrate in %			Umsatz real
	in Mrd. €		Umsatz nominal	Preise	Umsatz real	in Mrd. €
	2021 ¹	2022 ¹	2022 gegenüber 2021			2022
I Bauhauptgewerbe	128,2	141,2	10,2	16,1	-5,9	120,6
II Ausbaugewerbe	187,9	206,9	10,1	16,6	-6,5	175,7
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	122,6	135,3	10,4	14,0	-3,6	118,2
IV Kraftfahrzeuggewerbe	146,7	155,3	5,8	12,6	-6,8	136,8
V Lebensmittelgewerbe	40,9	45,3	10,8	12,8	-2,0	40,1
VI Gesundheitsgewerbe	18,6	19,2	2,9	1,4	1,5	18,9
VII Handwerke für sonst. privaten Bedarf	18,7	21,2	13,2	6,9	6,3	19,9
Handwerk insgesamt	663,7	722,8	8,9	14,2	-5,3	630,1
Produktionswert der Gesamtwirtschaft	6.746	7.502	11,2	6,9	4,3	7.037

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Fortschreibung anhand der Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung (zur Methodik siehe Anhang).

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk

3. Ausblick

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind für das Handwerk auch 2023 weiterhin schwierig (Tabelle 5). Die für das Handwerk besonders ausschlaggebenden Bauinvestitionen schwächen sich weiter ab, wenngleich zumindest die Ausrüstungsinvestitionen wieder anziehen. Die Konsumausgaben, die in den Jahren 2021 und 2022 noch gestiegen waren, gehen 2023 voraussichtlich sogar zurück. Zwar sinkt die Inflationsrate etwas, sie wird aber auch 2023 noch immer bei 5,5% gesehen, womit sie beispielsweise noch über der Rate von 2021 läge.

Tabelle 5
Gesamtwirtschaftliche Rahmendaten

2021 bis 2023, Veränderung in %

	2021	2022	2023 ²
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,6	1,8	-0,3
Konsumausgaben ¹	1,4	3,7	-2,1
Bauinvestitionen ¹	0,0	-1,8	-2,5
Ausrüstungsinvestitionen ¹	3,5	3,3	3,6
Außenbeitrag ¹	0,8	-1,3	1,2
Verbraucherpreise	3,1	6,9	5,5
Lohnstückkosten	0,6	3,2	6,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. ¹Preisbereinigte Wachstumsraten. ²RWI-Prognose vom März 2023 (Schmidt et al. 2023: 47).

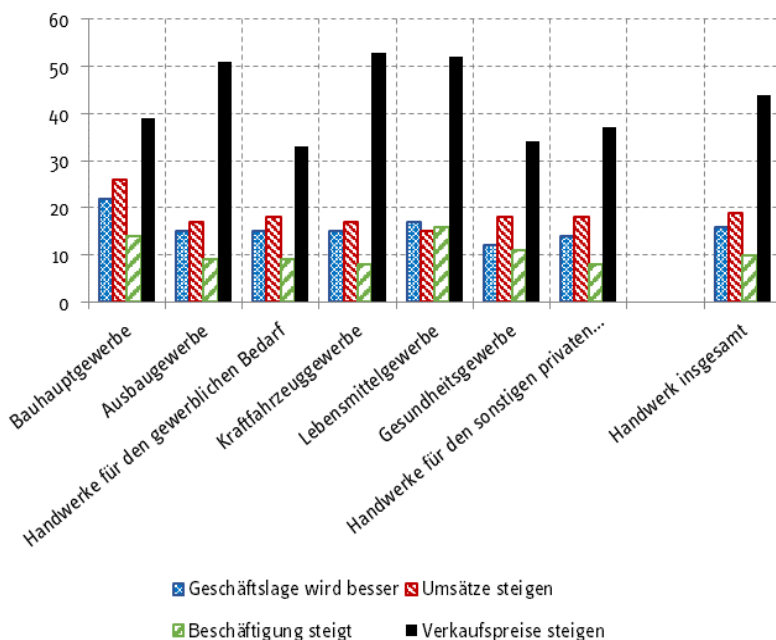
Im 1. Quartal 2023 schätzten die Handwerksbetriebe die Lage etwas besser ein als noch im 3. Quartal 2022 (tatsächlich stiegen die nominalen Handwerksumsätze gegenüber dem Vorjahresquartal auch um rund 10%), aber immer noch schlechter als im 3. Quartal 2021 (ZDH 2021: 10ff.; ZDH 2022: 12ff., ZDH 2023: 5ff.). Im Durchschnitt glaubten 16% der Betriebe, dass die Geschäftslage 2023 besser wird, 19% meinten, dass der Umsatz steigt, 10% waren der Ansicht, dass das auch für die Beschäftigung gilt (Schaubild 5). Dagegen waren im Durchschnitt 44% der Betriebe der Auffassung, dass die Verkaufspreise auch weiterhin steigen werden.

Die Erwartungen variieren zwar zwischen den verschiedenen Gewerbegruppen, die Unterschiede sind aber nicht besonders ausgeprägt. Beim Bauhaupt- und Ausbau-gewerbe, das in Bezug auf eine Verbesserung der Geschäftslage im Herbst 2022 noch außerordentlich skeptisch gestimmt war, schätzt die Lage inzwischen wieder etwas besser ein. Dies trifft auch für die ausgewählten weiteren Indikatoren zu (Umsätze, Beschäftigung und Verkaufspreise), sodass sich ein recht einheitliches Muster zeigt, das zwar weiterhin von Skepsis geprägt ist, aber auch erste Anzeichen einer wieder etwas größer werdenden Zuversicht erkennen lässt.

Schaubild 5

Erwartungen der Handwerksbetriebe zur weiteren Entwicklung der Geschäftslage, der Umsätze, der Beschäftigung und der Verkaufspreise

3. Quartal 2022, Anteil der Betriebe, die diese Frage mit ja beantwortet haben in %



Eigene Darstellung und Berechnungen nach Angaben des ZDH (2023: 5ff.).

Auch wenn sich die Lage wieder aufzuhellen beginnt, ist für das Gesamtjahr 2023 nur mit einer Steigerung der nominalen Handwerksumsätze von bestenfalls etwas mehr als 5% auszugehen, bei einer erneut rückläufigen Erwerbstätigkeit. Die Preise werden weiter steigen, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie noch 2022. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die realen Handwerksumsätze erneut sinken werden. Über 2023 hinaus ist angesichts der zunehmenden Nachfrage nach Handwerksleistungen, etwa infolge der Wärmewende, der Maßnahmen der Gebäudesanierung oder des anhaltenden Infrastrukturinvestitionsstaus bei weiter abflauendem Preisauftrieb, eine wieder etwas positiveren reale Entwicklung des Handwerks zu erwarten. Dann werden allerdings auch die großen Herausforderungen, vor denen das Handwerk steht, wie die Fachkräftegewinnung und -bindung oder die Steigerung der Innovationsfähigkeit (Dehio 2019), wieder stärker in den Fokus rücken.

Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk

Literatur

Dehio, J. (2019), Handwerksbericht: Lage weiter gut – Herausforderungen bleiben groß. *RWI Konjunkturberichte* 70(4): 35-58.

Dehio, J. (2021), Handwerksbericht: Das Handwerk kommt besser durch die Corona-Krise als die Gesamtwirtschaft. *RWI Konjunkturberichte* 72(4): 39-58.

Feuerhake, J. (2012), Neu konzipierte Handwerkszählung. Auswertungen von Verwaltungsdaten ersetzen bisherige Erhebungen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Methoden – Verfahren – Entwicklungen. Ausgabe 1/2012. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt: 8-10.

RWI (2012), Analyse der Ergebnisse der Unternehmensregistrauswertung Handwerk 2008. *RWI-Projektberichte*. Essen: RWI.

Schmidt, T., G. Barabas, N. Benner, B. Blagov, M. Dirks, N. Isaak, R. Jessen, F. Kirsch und P. Schacht (2023), Frühsommer 2023: Konsumschwäche wird allmählich überwunden. *RWI Konjunkturberichte* 74(2): 35-68.

Statistisches Bundesamt (2023a), Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte. Fachserie 17 Reihe 2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2023b), Preisindizes für die Bauwirtschaft. Fachserie 17 Reihe 4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2023c), Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Fachserie 17 Reihe 7. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

ZDH – Zentralverband des Deutschen Handwerks (2021), Konjunkturauftrieb für Handwerksbetriebe – Lieferengpässe bremsen weitere Erholung. Konjunkturbericht 2/2021. Berlin: ZDH.

ZDH – Zentralverband des Deutschen Handwerks (2022), Vorboten rauer Zeiten auch im Handwerk – Energiekosten, Materialmangel und Konsumzurückhaltung belasten Geschäfte zunehmend. Konjunkturbericht 2/2022. Berlin: ZDH.

ZDH – Zentralverband des Deutschen Handwerks (2023), Geschäftsperspektiven hellen sich auf – Multiple Risiken für Konjunktur bleiben. Konjunkturbericht 1/2023. Berlin: ZDH.

Anhang: Methodik der statistischen Erfassung des Handwerks

Informationen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung von Umsatz und Erwerbstätigkeit im Handwerk erhält man vor allem aus zwei Datenquellen:

- die zeitnah veröffentlichte vierteljährliche Handwerksberichterstattung und
- die mit einer 22-monatigen Verzögerung veröffentlichte jährliche Handwerkszählung.

Für beide Erhebungen werden seit 2008 Verwaltungsdaten verwendet und im Unternehmensregister zusammengeführt (Feuerhake 2012). Hieraus werden für die Handwerksberichterstattung für ausgewählte Handwerkszweige unterjährige Daten der im Handwerk registrierten Unternehmen herausgezogen, die der laufenden Konjunkturbeobachtung dienen. Die Handwerkszählung ist dann eine Totalauswertung des Unternehmensregisters. Die Meldungen zur Sozialversicherung an die Bundesagentur für Arbeit dienen als Grundlage zur Ermittlung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bzw. der geringfügigen Beschäftigung, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen stellen die Basis für die Schätzung der Umsätze im Handwerk dar.

Zur Abschätzung der aktuellen Lage des Handwerks werden für den Handwerksbericht die Veränderungsdaten aus der Handwerksberichterstattung herangezogen, um die Ergebnisse der Handwerkszählung 2017 fortzuschreiben. Die Veränderungsdaten sind vorläufig, eigene Ex-Post-Analysen zeigen aber, dass die Abweichungen zwischen den später vorliegenden Ergebnissen der Handwerkszählung und der Fortschreibung meist weniger als 1% betragen. Da die Handwerksstatistik nur die nominalen Umsätze ausweist, liegen weder reale Umsatzzahlen noch Daten zur nominalen oder realen Wertschöpfung vor. Die amtliche Handwerksstatistik betrachtet daher weder die Preis- noch die Kostenentwicklung. Zum Aufzeigen der realen Produktion des Handwerks wird daher auf Preisstatistiken des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen. Ergänzt wird die Interpretation der Ergebnisse durch Auswertungen der Konjunkturumfragen des ZDH.